

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 63.

Donnerstag, den 14. März 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Tripoliskrieg.

Zu Ende dieses Monats ist bereits ein halbes Jahr verfloßen, seit die italienische Regierung sich in den verbrecherischen Wahnsinn des Tripolisabenteuers hineinstürzte.

Ein halbes Jahr, sechs Monate — und wenn Herr Giolitti heute aller Welt vorzeigen sollte, was er an Ergebnissen eingeheimst, es würde ihm wie Sand durch die Finger rieseln und mit leeren Händen stünde er da. Fast die Hälfte ihrer überhaupt verfügbaren Streitkräfte hat die italienische Regierung nach Afrika geworfen, und wenn anders die römischen Staatsmänner von einem Chronwechsel in Österreich-Ungarn ein Ausflackern der Kriegslust in dem freundschaftlichen Lande befürchten, müssen sie heute mit unbequameren Gefühlen denn je an das hohe Greisenalter Franz Josephs denken. In die zweihunderttausend Mann Truppen an der tripolitani- schen Küste verzeitelt, Hunderte von Millionen in dem Wüstenland verschwendet, viele Hunderte von Toten, Tausende von Verwundeten, die italienische Flagge mit Schimpf und Schande besudelt — so hat Giolittis Regierung bis jetzt mit unerhört großen Opfern unerhört Geringes erreicht und das einzige Recht, das sie bei ihrem Banditen- reich sich noch erkämpfen konnte, das des Erfolges, nicht einmal das hat sie für sich. Wenn nach dem genialsten aller preussischen Offiziere, Clausewitz, der Krieg nichts ist als „ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.“ so hat Italien die ersten sechs Monate des Krieges verloren. Denn weit entfernt, daß die Jungtürken zur Erfüllung des italienischen Willens gezwungen würden und zum Verzicht auf Tripolis bereit wären, sind sie mehr als einmal in der Lage gewesen, durch geschickte Überfälle und stürmische Angriffe der italienischen Heeresleitung ihren Willen aufzu- zwingen und sie in die Pfanne zu hauen. Nur ein schmaler Küstenstreich in Tripolis wie in der Kyrenaika ist von den Italienern besetzt und selbst hier wird von den Eingeborenen die Fahne mit dem Kreuz von Savoyen nur dann einigermassen respektiert, wenn ein Doppelposten mit geladener Flinte daneben steht. Wagen italienische Truppen aber einmal einen Vorstoß in eine der Oasen, die etwa anderthalb Duzend Kilometer von der Küste entfernt liegen, so wird das von der offiziellen Presse als ein herausgehender Triumph gefeiert, wobei der mitberauschte Leser an anderer Stelle die in kleinem Druck gesetzte Meldung überflieht, daß sich die „Truppen, nachdem sie ihren Zweck erreicht“, wieder zurückgezogen hätten. Der italienischen Heeres- leitung war es ja von Anfang an beschieden, für des dritten Napoleon niedlichen Ausdruck vom „Sich-Rück- wärts-Konzentrieren“ neue Umschreibungen zu finden: daß sich die italienische Armee wegen des Verwehensdunstes der eigenen Linien in Menge herumliegenden Feindes- stößen zurückgezogen habe, gehörte im Oktober v. S. zu den Glanzleistungen auf diesem Gebiete.

So oft also auch die von der Konfulta inspirierte Presse zu berichten wußte, daß „demnächst“ General Canova seinen großen Vorstoß nach dem Innern antreten werde, bis heute liegen seine Soldaten, wie die Maulwürfe im Wüstenland eingegraben, an der Küste und schauen mit ängstlichen Blicken nach dem Innern, wo sich jede Staubwolke in ein anstürmendes arabisches Reiterheer verwandelt in kann und mehr als ein- mal schon verwandelt hat. Wer aber das Land wirklich sein eigen nennen will, muß nicht zehn, sondern hundert- mal zehn, muß tausend Kilometer von der Küste festen Fuß gefaßt haben, und das ist ein Rechenexempel, über dessen Lösung wohl noch manche italienische Mutter die bittersten Tränen vergießen wird. Was aber an türki- schen Truppen in Tripolis steht, fühlt sich wohl und ununter. Ex ver Bey ist dort unermüßlich tätig, einer seiner mazedonischen Offiziere, die im Juli 1908 den An- stoß zur konstitutionellen Revolution gaben und darum als Freiheitsheld sehr gefeiert, bis zum Ausbruch des Krieges türkischer Militärattachee in Berlin: ein flie- gender Holländer der Wüste, taucht er bald hier, bald da auf, mobilisiert heute einen neuen Araberstamm, lockt morgen ein Bataillon Bersaglieri in einen Hinterhalt und ist allein durch seine Bravour und durch sein Beispiel eine ganze Armee wert.

Dieser Mann ist ein Typus der neuen Generation im ottomanischen Reich, und mit dieser neuen Generation hat Herr Giolitti nicht gerechnet. Bei seinem Überfall wurde ihm die alte Türkei vor, und ohne Zweifel hätte die selbe Hyäne Abdul Hamid, die ättern in den Schlupf- wunden ihres Sittlich-Kiosk sah, vor der kriegerischen Geste Italiens klein beigegeben und Tripolis fahren lassen. Aber die Aktionäre und Wucherer des Banco di Roma,

die den italienischen Ministerpräsidenten zu seinem Streich drängten, trabten drei Jahre hinter der Weltgeschichte drein: die junge Türkei ist auf dem ottomanischen Nationalgefühl aufgebaut, und sie kann keinen Streifen ottomanischer Erde preisgeben, ohne den Akt abzufügen, auf dem sie sitzt. Dazu kommt, daß das Jungtürkentum stets die große Welle nationaler Revolutionen, die durch Asien läuft, für sich auszunützen bestrebt war und darum, mehr denn je vorher die Kalifen in Kon- stantinopel, sich als die Vormacht des Islam betont haben. Der Panislamismus ist eine Bewegung, die lediglich ge- waltige wirtschaftliche und politische Bewegungen wieder- spiegelt, aber er ist da und bildet an sich schon den breiten Hintergrund, auf dem die Türken Widerstand bis zum Äußersten leisten müssen.

So wies denn — man konnte es vor sechs Monaten voraussetzen und findet es jetzt bestätigt — Giolittis Rechnung mehr als einen Fehler auf, an denen weniger er, als seine Hintermänner aus dem Banco die Roma schuld sind. Sie hatten ihm die Aussichten der Expedition rosa in rosa gemalt. Sie hatten ihm versichert, daß die türkischen Truppen in Tripolis moralisch minderwertig seien und zudem bald vom Hunger gezehmt sein würden. Dabei entfalteten sie eine moralische Stärke, um die die Italiener sie wahrhaftig ebenso beneiden könnten, wie um die Ohren, Röhre, Hämmerl und Ziegen, um das Geflügel, Wild und Gemüse, die sich in ihrem Lager reichlich vor- finden und die, wenn nicht aus Ägypten oder Tunis, mit Kamelkarawanen aus dem Innern der Sahara in immer neuer Fülle herangeführt werden. Von der Todfeindschaft der Araber gegen die türkischen Herren hatten die Märchen- erzähler des Banco di Roma Herrn Giolitti Wunder- dinge zu berichten gemußt und heute haben die Leute des Generals Canova mehr denn je die unerbittliche Tod- feindschaft der Araber gegen die italienischen Eindring- linge zu spüren. Endlich war der Ministerpräsident auch den Einflüsterungen zugänglich gewesen, die von einer schnellen Intervention der Mächte sprachen.

Damit steht es nun so so. In Rom sehnt man zweifel- los diese Intervention und einen raschen Friedensschluß aus vollem Herzen herbei, denn diesen Krieg mit seinen Pyrrhussiegen nach sechs Monate weiter geführt, bedeutet für Italien eine wirtschaftliche und finanzielle, eine mili- tärliche und politische Katastrophe, mit der verglichen die Nachwirkungen von Abua als Kinderpiel erscheinen dürften. Das Bombardement der unbefestigten Stadt Beirut, wider alles Völkerrecht, war denn auch mehr ein Wink mit dem Zaumspahl für die Mächte, um sie zum Einschreiten zu zwingen, als ein Einschüchterungsversuch für die Türkei. In der Tat laufen jetzt wieder Gerüchte von einem Ver- mittlungsversuch um, der von Rußland ausgehen und an dem England und Frankreich beteiligt sein sollen. Der Grund, daß gerade jetzt die Mächte wieder vermittlungs- lästerner werden, liegt auf der Hand: der Frühling steht vor der Tür und damit die Schneeschmelze auf den Hängen des Balkan. Wenn aber dort im „europäischen Wetterwinkel“ die Hämmerl auf die Weide getrieben werden, beginnt allmal die große Haß der Bandenkämpfe und nationalen Auf- stände. Gleicht der Balkan immer einem Pulversack, so ist er in dieser Jahreszeit eins, über dem ein Feuerwerk abgebrannt wird: ein Fünkchen — und die ganze Riste geht in die Luft. Vom Balkankrieg zum Weltkrieg aber ist nur ein Sprung, und vor einem Weltkrieg haben die Großmächte höflichen Respekt, denn sie ahnen in ihm den Sprengkörper, der die ganze alte kapitalistische Gesellschaft in Stücke reißt. Daher ihre Vermittlungslust!

Aber sie vermitteln nicht als ehrliche Makler, sondern als Banditen, die einem Kollegen den Raub sichern möch- ten, um von ihm wieder bei dem nächsten ihrer Hand- streiche unterstützt zu werden. Alle diese Vermittlungsge- danken laufen nur darauf hinaus, von der Hohen Pforte die Anerkennung von Italiens Souveränität über Tripolis zu erlangen und die italienische Regierung zu „Kompens- ationen“ in Geld zu bewegen. In Rom wäre man zu solchen Kompensationen herzlich gern bereit, aber wie man in der Türkei derartige Vermittlungspläne auffaßt, zeigt die Ausstellung eines der einflußreichsten jungtürkischen Organe:

Die Türkei steht (angesichts der Großmächte) nicht vor einer Art obersten Schiedsgerichts der zivilisierten Welt, vor dem es ihr leicht wäre, die Sache der Gerech- tigkeit und des Rechts zu vertreten, sondern vor einem Konsortium von Regierungen, die ein Interesse daran haben, eine andere zu halten. Ihre Gefälligkeit (zu ver- mitteln) gleicht in einzigartiger Weise einer stillosen Spiegelscheitelschmähung.

So kann die Türkei auch nicht daran denken, Ver- mittlungsvorschlägen zuzustimmen, die Italien die Vor- herrschaft über das noch nicht einmal eroberte Tripolis zusprechen wollen, und weiter werden Ströme von Gold und Blut in den afrikanischen Sand rieseln, während

sich einzig und allein die italienischen Kriegstiefe- ranten und Konservenfabrikanten schmunzelnd die Hände reiben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Worte und Taten.

Der gestrige Tag gehörte fast ganz der Landwirtschaft. Die zur Unterstützung wissenschaftlicher Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft in den Etat des Reichs- amts des Innern eingesetzten Beträge gaben Anlaß zu einer ausgedehnten Debatte über die Maul- und Klauen- seuche. Nicht weniger als 14 Redner aus dem Hause kamen zu Wort und 6 Resolutionen wurden angenom- men. Solche Positionen sind in der Tat eine ausgezeich- nete Gelegenheit, der bäuerlichen Bevölkerung die möglichst besten Worte zu widmen, die allerdings zu gar keinen Taten verpflichtet. Das zeigte sich auch diesmal: die sehr harmlosen und in vielen Worten nichtsagenden Re- solutionen der bürgerlichen Parteien begegneten allgemei- nem Beifall, während die einzige, die wirkliche und wirk- same gesetzgeberische Handlungen forderte, die von unserer Fraktion eingebracht wurde, keineswegs so ein- mütig begrüßt wurde. Es fiel manch gutes und liebevolles Wort von den bürgerlichen Rednern, aber erst Genosse Scheldemann, der für uns sprach, unter- nahm es, ernsthafte Abhilfe in Gestalt einer obligatorischen Versicherung gegen die aus Viehseuchen entstandenen Schä- den zu fordern. Und eben die Resolution, die diese For- derung enthielt, wurde nur mit den sozialdemokratischen und volksparteilichen Stimmen gegen die viel schwächer vertretenen Parteien der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen angenommen. Es herrschte auf jenen Bänken betretenes Schweigen, als von unserer Seite die „echten Bauernfreunde“ ironisch zur Abstimmung aufgefor- dert wurden.

Viehseuchengesetze, die den agrarischen Volksschutz ver- stärken, die sind dort drüben willkommen. Aber ein wirk- licher Schutz des kleinen Viehzüchters, da wehrt sich die seltsame Liebe zum Bauernstand!

Das Haus war von diesen langen Debatten wohl etwas ermüdet, Genosse Schulz erreichte aber mit einer sehr sachkundigen, klaren und scharfsinnigen Rede zum Titel „Reichsschulkommission“ die volle und anhaltende Aufmerksamkeit auf allen Bänken. Nach einer äußerst wirksamen Kritik der heutigen Vorstellungen von „Päda- gogik, die in der altertümlichen Einrichtung von „Ein- jährig- Freiwilligen“ - Kennnissen zum Ausdruck kommen, entwickelte er das ausführliche Programm einer Schul- politik, wie sie sein soll, um ein Volk geistig, wirtschaft- lich und körperlich kräftigen zu können. Ein Reichsschul- gesetz in diesem Sinne, ein Schulplan, der wenigstens ein bestimmtes Minimum dieser Forderungen enthält, das wären die Folgerungen, zu denen unser Redner unter dem lebhaften Beifall seiner Freunde gelangte. Lebendige Taten für das deutsche Volk, wirkliche Arbeit an ihm wollen wir!

Heute kam die Interpellation über den Bergarbeiter- streik zur Verhandlung. Von unserer Seite sprach Genosse Sachse.

Die Kamarilla gegen den Schatzsekretär Wermuth.

Die „Hüter des Portemonnaies der besitzenden Klassen“, Zentrum und Konservative, sind eifrig am Werk, den Schatzsekretär Wermuth zu kürzen. Herr Wermuth erscheint ihnen dringend verdächtig, im Bundesrat die Ausdehnung der Erbschaftsteuer zu betreiben. Zuerst wurde bekannt, daß eine Denkschrift an die Bundesrats- mitglieder geschickt wurde, die den Zweck verfolgt, die finanziellen Absichten des Schatzsekretärs zu hinterreiben. Der Verfasser dieser Denkschrift ist bis heute noch nicht aus seiner Anonymität hervorgetreten, kein Mensch aber zweifelt daran, daß er in den Reihen der Zentrums- fraktion zu suchen ist. Schließlich verüchte man es mit einem regelrechten Hegartikel in der „Germania“. Herr Wermuth wurde zum Parteigänger Bassermanns ge- stempelt. Im Anschluß an eine Rede, die Bassermann am Sonntag in Köln gehalten hat, schrieb die „Germania“:

„Es war bei der Beratung der Zuwachssteuer. Die Auslichten für das Gesetz Wermuths waren nicht sehr günstig. Es hing alles von der Stellungnahme der Nationalliberalen ab, sowohl bei einzelnen wichtigen Ar- tikeln, wie in der Gesamtabstimmung. Herr Wermuth ver- stand es damals, diese Fraktion für sich zu gewinnen. Man wußte schon damals, daß diese Schwenkung durch einen hohen politischen Preis erkauft worden war: Schatz- sekretär Wermuth hatte nämlich damals maßgebenden nationalliberalen Abgeordneten die bestimmte Zusage ge-

macht, daß sein erster Steuervorschlag nach den Neuwahlen die Wiedereinbringung der Rindeserbschaftsteuer sein würde. Der Reichskanzler aber wußte von dieser Bindung des Schatzsekretärs nichts; sie ist auch nicht in seinem Auftrag erfolgt. Herr Wermuth machte Politik auf eigene Faust und soll nun sein Wort einlösen.

Der nach Art seliger Strauchblende aus dem Hinterhalt angegriffene Schatzsekretär will sich aber nicht stillschweigend meucheln lassen, er schickte der „Germania“ eine Berichtigung, deren amtlicher Charakter noch dadurch unterstrichen wird, daß sie auch in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, an der für amtliche Rundgebungen bestimmten Stelle abgedruckt wird. Der Schatzsekretär nimmt Bezug auf die Behauptungen des Zentrumsblattes, wonach er sich verpflichtet haben soll, die Erbschaftsteuer wieder einzubringen und erklärt hierzu:

„Diese Angabe entspricht nicht den Tatsachen. Bei meinen Verhandlungen und Besprechungen über die Zuwachssteuer ist von der Einführung der Erbschaftsteuer niemals die Rede gewesen. Ferner gestatte ich mir festzustellen, daß ich einer politischen Partei nicht angehöre oder angehört habe.“

Auch die Freikonservativen scheinen zu der Kamarilla zu gehören, wenigstens greift der Abg. v. Jedlitz bereits in das Treiben mit ein. Mit dem Sturz Wermuths glaubt das Zentrum auch der Erbschaftsteuer das Grab geschaufelt zu haben. Die nächsten Tage dürften Klarheit darüber bringen, ob und welchen Erfolg die vom Zentrum betriebene politische Wegelei hat.

Das fortschrittlich-sozialdemokratische Stichwahlabkommen und die fortschrittlichen Organisationen.

Im Wahlkreis Aker-Münde-Wollin, wo unser Genosse Runge mit dem Kandidaten der vereinigten Liberalen in Stichwahl stand, hatte die liberale Kreisleitung entgegen der Parole der Fortschrittlichen (Gesamt-)Partei und dem Stichwahlabkommen zwischen Fortschrittlichen und Sozialdemokraten beschloffen, ihre Wähler aufzufordern, „im Interesse des Vaterlandes“ zu wählen, also gegen die sogenannte Umsturzpartei aufzutreten. Der Erfolg war denn auch, daß in der Stichwahl die Liberalen geschlossen für den Konservativen stimmten. Nun hat der Liberale Wahlverein für Torgelow und Umgegend beschloffen, unter Mißbilligung der Stichwahlparole des Kreiswahlvereins aus diesem auszutreten. Die recht zahlreich besuchte Generaterversammlung nahm gleichzeitig eine Resolution an, die der Fortschrittlichen Reichstagsfraktion den Dank ausspricht für das zielbewußte Vorgehen gelegentlich der ersten Präsidentenwahl. Beide Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Der Gesamtvorstand des Pommerischen Provinzialverbandes der Fortschrittlichen Volkspartei erklärte sich mit der Berliner Stichwahlparole einverstanden. Und was geschieht mit der Aker-Münder Parteileitung?

Das „fortgesetzte Wahlmanöver“ in Alzen-Wingen.

Gegen das Telegramm des Justizrats Calman an die Wahlprüfungskommission des Reichstages, wonach zwei fortschrittliche Wähler selber bekannt hätten, daß sie je zwei Koresell-Zettel in ihre Wahlkugeln gesteckt haben, wenden sich nun auch diese beiden Wähler selber. Sie veröffentlichen folgende Erklärung:

Wir Unterzeichneten, Wilhelm Weil und Nicolaus Roos 3 in Sprendlingen (Rheinhesse), erklären hiermit, daß unsere Namen in dem Calman'schen Artikel der Alzener „Rheinhesseischen Volksblätter“ Nr. 57 vom 7. März, sowie in dem von Herrn Calman an die Wahlprüfungskommission in Berlin abgeordneten Telegramm in schändlicher Weise mißbraucht worden sind. Wir haben weder zwei Stimmzettel in unsere Wahlkugeln gesteckt, noch dem Bürgermeister irgend etwas über unsere Wahl mitgeteilt. — Sprendlingen (Rheinhesse), den 8. März 1912. gez.: Wilhelm Weil. gez.: Nicolaus Roos 3.

Auch Bürgermeister Becker-Sprendlingen hat dem „Alz. Beob.“ erklärt, daß er Herrn Calman hierüber nicht das geringste berichtet hat!

Telegramm und Erklärung des Justizrats Calman schweben also völlig in der Luft.

Posadowsky der Netter.

Nach langen Mühen ist es der Reichspartei gelungen, wieder auf 15 Sitze zu kommen, die sie berechtigt, als selbständige Fraktion aufzutreten und eine Vertretung in den Kommissionen zu beantragen. Ein Wilder ist der Fraktion nicht beigetreten, und als Notnagel für den fehlenden Fünftehnten gab sich Graf Posadowsky her, der gestattete, daß ihn die Reichspartei lediglich im formalparlamentarischen Sinne als Mitglied mitauführt, damit sie als selbständige Fraktion gelten kann.

Wahlvorbereitungen in Schwarzburg-Rudolstadt.

Einen außerordentlichen Parteitag zu Schwarzburg-Rudolstadt hatte der Landesvorstand wegen der durch die Landtagsauflösung geschaffenen Situation auf den 10. März nach Stadtilm einberufen. Vertreten waren 41 Orte durch 64 Delegierte, außerdem war anwesend die Landtagsfraktion und die Reichstags-Abgeordneten A. Hoffmann und Baudert. Über die Landtagswahlen sprach der Landesvorstand Genosse Hartmann. Er schilderte zunächst die Sachlage in der verflochtenen Landtagsperiode. Die Fraktion sei angefaßt der kleinen Verhältnisse, in denen sich die Geschäfte unseres Fürstentums bewegen, in einer sehr schwierigen Lage gewesen. Der Satz, daß die Regierungen die Hausknechte der besitzenden Klasse seien, gelte auch für Schwarzburg-Rudolstadt. Zwar habe sich die Regierung nicht von vornherein hochbeinig gestellt, aber die bürgerlichen Abgeordneten hätten so lange schärf gemacht, bis die Regierung diesen Einflüssen nachgegeben habe. Der äußerliche Grund der Auflösung sei die Wahlrechtsfrage gewesen. Wie liegen denn hier die Dinge? Das jetzige Wahlrecht ist 1870 geschaffen. Damals gab es 144 Höchstbesteuerte, 13 000 allgemeine Wähler. Heute sind die Höchstbesteuerten auf 762, die allgemeinen Wähler auf 17 534 gestiegen. Im Jahre 1906 wurde der Antrag auf Herabsetzung der Höchstbesteuerten-Wähler gestellt. Regierung und bürgerliche Abgeordnete hofften durch Abziehung von ca. 600 Höchstbesteuerten

in die allgemeine Klasse uns einige Sitze abnehmen zu können. Wäre ihnen das gelungen, dann hätten sie die Verfassung geändert und vor allen Dingen das Wahlrecht in ihrem Sinne „umgearbeitet“. Wir mußten selbstverständlich ein derartiges Gesetz verhindern, nicht nur prinzipiell, sondern auch deshalb, weil man die Steuererträge damit verknüpfte. Wir verlangen, daß jedes Gesetz für sich abgeschlossen vorgelegt wird. Redner bespricht dann noch die einzelnen von uns im Landtag eingereichten Forderungen. „Die Gesamtsituation ist so: Wir sind der festen Überzeugung, daß es der Regierung nicht gelingen wird, uns zurückzuwerfen. Wir werden es uns anlegen lassen, nicht nur in der gleichen Zahl, sondern verstärkt in den Landtag zurückzukehren. Es steht für uns nicht nur die Frage der Gesetzgebung für Schwarzburg-Rudolstadt auf dem Spiel, die ganze deutsche Sozialdemokratie steht auf uns. Deshalb wollen wir kämpfen und siegen.“

In der Diskussion gab Gen. Fröscher eine recht interessante Äußerung des Staatsministers Freiherr v. d. Redde bekannt, die allerdings vieles erklärlich scheinen läßt. Danach sagte der Staatsminister: „Volkswille und Volksrechte zählen nicht für mich, für mich gilt nur das Grundgesetz, und in dem steht nichts von solchen Dingen.“ Über die Aufstellung der Kandidaten zur bevorstehenden Landtagswahl referierte Gen. Otto. Er empfiehlt, die Genossen wieder überall aufzustellen, wo sie gewählt wurden. Im Anschluß hieran gibt Genosse Hartmann eine Erklärung über die Präsidentenwahl im Landtage ab. Eine Reihe gegnerischer Blätter behaupteten, die Sozialdemokraten hätten in dieser Frage eine Gewalttätigkeit ausgeübt. Das ist absolut unwahr. Den Präsidenten hatten wir zu beanspruchen, das war unser gutes Recht, denn wir hatten die Majorität. Wir überließen den Bürgerlichen den Vizepräsidenten, als diese sich aber nicht an der Wahl beteiligten, waren wir gezwungen, auch den Vizepräsidentenposten zu besetzen. — Der Bericht der einzelnen Orte über den Stand der Organisation war im allgemeinen zufriedenstellend. Die Mitgliederzahl ist fast überall gestiegen. — Einen erfreulichen Fortschritt hat das Parteiorgan, das Saalfelder „Volksblatt“ zu verzeichnen. Sein gegenwärtiger Abonnentenstand beträgt 7350, davon kommen 3359 auf Schwarzburg-Rudolstadt.

China.

Die junge Republik hat mit erneuten erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen. Nach chinesischen Berichten aus Kansu hat General Chenajun an der Spitze der kaiserlichen Armee in der Provinz Kansu — die Armee besteht aus 10 000 Mann wohlbewaffneter Truppen — eine Abteilung republikanischer Regierungstruppen zerstreut und marschiert nun in der Richtung der Kalgan-Eisenbahn. Die Kansu-Gilde sandte eine Botschaft an den General, in der sie die gegenwärtige Lage auseinandersetzt und ihm rät, nicht weiter nach Peking vorzurücken. Die kaiserlichen Garden erhielten die Meldung, daß Chengjun gekommen sei, den Kaiser wieder einzusetzen. Suanshikai hat Chengjun Gesandte entgegengeschickt; er hofft, mit ihm zum Einverständnis zu gelangen. — Hoffentlich gelingt es Suanshikai auf dem Wege der Verständigung den aufständigen General zu beruhigen.

Der Raubkrieg.

Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Benghasi vom 12. März: Die italienischen Truppen griffen heute zwei Dajen nordwestlich von Tojet an, die vom Feinde tapfer verteidigt wurden, und eroberten sie. Der Feind wurde zur Flucht gezwungen und mit dem Bajonett verfolgt. Er verlor sicherlich mehr als 1000 Tote, von denen 400 von den Italienern aufgefunden wurden. Die Zahl der Verwundeten ist noch größer. Bei den Italienern fielen 3 Offiziere und 26 Mann. 7 Offiziere und 55 Soldaten wurden verwundet.

Wenn die von den Italienern gemeldeten Verluste der türkisch-arabischen Kämpfer wahr wären, lebte schon lange in Tripolitanien kein Türke und kein Araber mehr. Aber glücklicherweise ist die Sache nicht so schlimm, wie sie in den italienischen Berichten erscheint.

Das türkische Kriegsministerium veröffentlicht eine Depesche des Befehlshabers der türkischen Truppen in Tripolis, in welcher es heißt: Nachdem wir erfahren haben, daß der Feind seine in Ain Zara teilweise geräumte Stellung nach rückwärts verlegt, begannen wir am 10. März den Kampf und stellten dabei fest, daß der Feind wirklich Ain Zara geräumt und sich nach Norden auf die Höhen zurückgezogen hatte und hier eine neue Verteidigungsstellung einrichtete. Bei dem Angriff auf die italienische Stellung hatten wir fünf Tote und neun Verwundete.

Die Pirote hat Nachrichten, nach welchen zwei italienische Kriegsschiffe sich im Archipel befinden sollen. Man glaubt jetzt, daß ein Vorgehen der Italiener gegen eine der Inseln unmittelbar bevorsteht. Die Minister des Krieges, der Marine und des Innern hielten unter dem Vorsitz des Ministers des Auswärtigen Beratungen ab. Der Kriegsminister hatte eine Besprechung mit dem Großwesir.

Amlich wird türkischerseits bekannt gemacht, daß seit gestern morgen die Durchfahrt durch die Dardanellen gefährlich ist. Dampf- und Segelschiffe müssen die Meerenge mit Lossen passieren, die ihnen gestellt werden. Die Segelschiffe müssen außerdem geschleppt werden. Schiffe, die den Vorschriften nicht unbedingt nachkommen, wird die Durchfahrt untersagt.

Karl Kautsky über die Aufgaben der russischen Sozialdemokratie.

Der langsame aber stetige Aufstieg der Arbeiterbewegung in Rußland, das Erwachen des politischen Interesses in den breiten Massen der Arbeiterschaft vollzieht sich unter Bedingungen, die der Partei des Proletariats gerade in diesen Jahren der inneren Sammlung eine gewaltige Verantwortung auferlegen. Nicht nur, daß die politischen und sozialen Verhältnisse seit der Revolu-

tion eine gewisse Neuorientierung in den Fragen der Organisation und der Taktik gefordert haben; nicht nur, daß der Klassenkampf des russischen Proletariats unter weit komplizierteren und schwierigeren Verhältnissen geführt werden muß, als in den Jahren vor und während der Revolution, — ein enormes Hindernis für die Konsozolidierung der Gesamtpartei besteht auch in der Überwindung des Sektierertums und des fraktionellen Habers in der Partei, die, ein Erbtill der Vergangenheit, bei jeder politischen Aktion des russischen Proletariats in die Erscheinung treten. Über die wichtigsten dieser Fragen hat sich vor kurzem nun auch Genosse Kautsky geäußert, dessen diesbezügliche Ausführungen in der russischen Arbeiterpresse fortgesetzt zitiert werden. Anlässlich einer Enquete, die die Redaktion des russischen Arbeiterblattes „Pravda“ (Wien) bei den Vertretern der internationalen Sozialdemokratie über die in Rußland eingeleitete „Petitionskampagne“ zugunsten des Koalitionsrechts veranstaltete, äußerte sich Genosse Kautsky u. a. über die im Mittelpunkt der Diskussion stehenden Fragen: ob man an die russische Regierung positive Forderungen richten, und eine Massenbewegung unter einer „partiellen“ Lösung (wie etwa der Kampf um das Koalitionsrecht) einleiten solle. Hinsichtlich der Einwendungen, eine solche Taktik könne die Illusion über die Möglichkeit der „Aushöhlung des Zarisismus“ erwecken, schreibt Genosse Kautsky in seiner Antwort:

„Ein derartiger Zustand führt logischerweise zu folgendem: Wir dürfen nichts tun — nur die große Revolution vorbereiten. Alles andere ist vom Übel. Jeder Versuch, schon unter den gegebenen Umständen etwas mehr Freiheit für das Proletariat zu erringen — muß verurteilt werden.“

Dieser Standpunkt: alles oder nichts, ist die verhängnisvollste Verirrung, der eine sozialistische Partei anheimfallen kann. Er bedeutet, daß die Kräfte des Proletariats bis zu einem Augenblick paralytisch werden, von dem niemand weiß, wann er kommt, und der vielleicht niemals eintreten würde, wollte man sich von dieser Regel leiten lassen. Denn die Kräfte des Proletariats wachsen nur in dem täglichen Kampfe, in welchem es eine Position nach der anderen erobert, bis es genügend stark wird, um eine entscheidende Schlacht zu liefern oder einen Sturm gegen die Feste des Feindes zu unternehmen.

Es ist ein vollkommen falscher Standpunkt, anzunehmen, daß so lange die Kräfte des Proletariats nicht ausreichen, die ganze politische Macht zu erobern, sie gleichfalls nicht ausreichen, einen politischen Einfluß auszuüben und bessere Bedingungen für den politischen und wirtschaftlichen Kampf und die Organisation zu erringen. Und nicht minder falsch ist es auch, anzunehmen, daß der Kampf um einzelne Forderungen, wie etwa um das Koalitionsrecht, dem revolutionären Bewußtsein der Massen schadet und die Revolution hinauschiebt.

Die Sozialdemokratie Rußlands hat gegenwärtig keine wichtigere Aufgabe, als eben die Führung des Kampfes um solche Einzelforderungen. Und je energischer sie diesen Kampf führen wird, desto stärker und revolutionärer wird das Proletariat werden.“

Sehr eingehend beschäftigt sich Genosse Kautsky in demselben Schreiben auch mit der inneren Desorganisation der Sozialdemokratie Rußlands:

„Solange die Sozialdemokratie sich in diesem Zustande der inneren Desorganisation und Zerissenheit befindet, wird sie direkt zu einem Hindernis für jede Tätigkeit der Massen, und das um so mehr, je stärker der Einfluß ist, den sie sich erhalten hat.“

Die Vereinigung der verschiedenen Fraktionen wird auf diese Weise zur notwendigen Vorbedingung einer jeden erfolgreichen Aktion, wird zur wichtigsten praktischen Aufgabe unserer russischen Genossen.

Bei dem jetzigen Stand der Fraktionen des russischen Sozialismus kommt es weniger auf die Art der Beantwortung der Frage an; was tun? als darauf, daß alles, was unternommen wird, geschlossen und einmütig unternommen wird. Soweit ich urteilen kann, sind die wirklichen Meinungsverschiedenheiten, die die überwiegende Mehrheit der russischen Sozialisten von einander trennen, nicht genügend groß, um ihre organisatorische Trennung und die inneren Gegenaktionen zu rechtfertigen. . . . Zu derselben Frage kehrt Genosse Kautsky in einem anderen Schreiben wieder, das er vor kurzem an einen russischen Genossen gerichtet hat, und das nun in den Petersburger Arbeiterblättern veröffentlicht wird:

„Die Gegenrevolution — schreibt er — hat den breiten Massen des russischen Proletariats den Glauben an sich und an die Sozialdemokratie geraubt, und nur durch erfolgreiche praktische Tätigkeit und nicht durch theoretische Streitigkeiten können sie ihn wieder gewinnen. Es gibt kein Land, wo gegenwärtig die Worte von Marx mehr am Platze wären als in Rußland, daß jeder Schritt der wirklichen Bewegung mehr wert ist, als ein ganzes Dutzend Programme. Jede Aktion, jede Organisationsform, die die Arbeiter vereinigt und ihnen das Zutrauen einflößt, daß sie imstande sind, aus eigener Kraft etwas für sich zu tun, muß begrüßt werden, selbst wenn diese Organisation nichts weiter ist, als ein Konsumladen oder eine Krankenkasse.“

Die Aufgabe der Sozialdemokratie besteht keineswegs darin, jede Selbsttätigkeit der Arbeitermassen herabzusetzen und zu hemmen, sondern darin, alle derartigen proletarischen Unternehmungen, die bei den jetzigen Bedingungen selbstverständlich nur sehr schwach und unsicher sein können, durch ihre praktische Teilnahme in Mittel zur Entwicklung der Selbständigkeit und der Macht des Proletariats zu gestalten.

Und ebensosehr, wie man an jedem Versuch der bürgerlichen Parteien, das Proletariat zu ihren Zwecken auszunutzen, die strengste Kritik üben muß, müssen wir mit der größten Sympathie und der größten Sorgfalt jeden Versuch der Proletarier fördern, sich selbständig und unabhängig von der Leitung der Bourgeoisie zu organisieren und zur Geltung zu bringen.

Ich sende die besten Wünsche für die Erfolge der russischen Arbeiterbewegung.

Mit Parteigrüß

K. Kautsky.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 14. März.

Achtung Fabrikarbeiter! Die Arbeiter der Chemischen Fabrik Ahrensboöt (Ing. Dr. C. Christ) befinden sich in Lohnhöhen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die politische Lage im Reich und im Reichstage lautete das Thema, über welches morgen abend im Gewerkschaftshaus der Genosse Reichstagsabgeordneter Paul Gähre in einer großen Volksversammlung referieren wird. Bei der Wichtigkeit des von dem als vorzüglichen Redner bekannten Referenten behandelten Themas ist wohl ein Massenbesuch zu erwarten. Es wird darum ersucht, von vornherein in der Versammlung das Rauchen zu unterlassen.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, dem 18. März 1912, abends 8 Uhr stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der freien und Hansestadt Lübeck und Generalbudget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für das Rechnungsjahr 1912. 2. Nachtrag zum Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1912.

Einführung naturwissenschaftlicher Schülerinnenausbildungen an der Ernestinenschule und dem damit verbundenen höheren Lehrerinnenseminar. Der Senat stellt zur Mitgenehmigung des Bürgerausschusses: 1. daß der Oberschulbehörde zur Einführung von naturwissenschaftlichen Schülerinnenausbildungen an der Ernestinenschule und dem damit verbundenen höheren Lehrerinnenseminar für Ostern 1912 für die Beschaffung der erforderlichen Gegenstände eine Summe von rund 4168 Mk. bewilligt werde, und daß diese Mittel mit je 2084 Mk. in die Voranschläge für die Rechnungsjahre 1912 und 1913 eingestellt werden; 2. daß der Baudeputation zur Beschaffung der Einrichtungsgegenstände für die im Schulhaus herzurichtenden beiden Klassenräume eine Summe von 8100 Mk. bewilligt werde. Der Bürgerausschuß bewilligte die beantragten Summen.

Die Gewährung von 700 000 Mark als staatliches Darlehen an die Kühlhaus-Aktiengesellschaft wurde gestern vom Bürgerausschuß gutachtlich befürwortet. In dem Senatsantrag war gesagt, daß sich hier ein Konfinkonitium zur Errichtung einer Kühlhaus-Aktiengesellschaft gebildet hat, deren Zweck es sein wird, auf dem ihr zu vermittelnden, im städtischen Eigentum stehenden Platz südlich der Schlachthofstraße unter den im mitabgedruckten Verträge festgelegten Bedingungen ein allen Anforderungen entsprechendes Kühlhaus zu errichten und zu betreiben. Eine wesentliche Vertragsbedingung bildet die Gewährung eines mit 4 vom Hundert zu verzinsenden Darlehens von 700 000 Mk. an die Gesellschaft. Die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten hat beantragt, sie zum Abschluß des Vertrages zu ermächtigen und ihr zu seiner Durchführung 700 000 Mark aus Anleihemitteln zur Verfügung zu stellen. Der Senat schloß sich diesem an. Vom Bürgerausschuß war die Sache zunächst an eine Kommission verwiesen, die inzwischen Bericht erstattet hat. Die Mehrheit der Kommission beantragt: Der Bürgerausschuß wolle sich gutachtlich für die Mitgenehmigung der Senatsvorlage durch die Bürgerschaft erklären. Die Minderheit (von Schäd) beantragt: Der Bürgerausschuß wolle die Senatsvorlage mit den nachstehenden Abänderungen gutachtlich zur Mitgenehmigung durch die Bürgerschaft empfehlen: 1. im Senatsantrage ist statt „700 000 Mk.“ zu setzen „600 000 Mk.“, 2. im § 1 des Vertragsentwurfes ist statt „2000 Mk.“ zu setzen: „4000 Mk.“ oder es ist eine neue Bestimmung in den Vertrag aufzunehmen, wonach der Verwaltungsbehörde der Betrag von einem Fünftel der nach dem vorliegenden Prospekt eventuell zur Verteilung gelangenden Superdividende auszufehren ist, 3. im § 2 des Vertragsentwurfes ist statt der Worte „des auf 500 000 Mk. festgesetzten Aktienkapitals“ und „Darlehn von 700 000 Mk.“ zu setzen: „des auf 600 000 Mk. festgesetzten Aktienkapitals“ und „Darlehn von 600 000 Mk.“, 4. im § 3 des Vertragsentwurfes ist statt „Darlehens von 700 000 Mk.“ zu setzen: „Darlehens von 600 000 Mk.“ In der Einzelberatung wurde der zu § 1 des Vertragsentwurfes von der Minderheit der Kommission gestellte Abänderungsantrag abgelehnt und der § 1 in unveränderter Fassung angenommen. Ebenfalls wurde der Abänderungsantrag der Kommissionminderheit zu § 2 des Vertragsentwurfes abgelehnt und dieser Paragraph in unveränderter Fassung angenommen. Durch diese Abstimmung wurde zugleich der Abänderungsantrag der Kommissionminderheit zu § 3 des Vertrages abgelehnt. Durch die Gesamtabstimmung beschloß der Bürgerausschuß, die Senatsvorlage in unveränderter Fassung zur Mitgenehmigung durch die Bürgerschaft zu empfehlen.

Erweiterung der Quarantäneanstalt. Dem Bürgerausschuß lag gestern folgender Senatsantrag vor: Wie die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten dem Senate berichtet hat, sind die zurzeit vorhandenen Ställe der Quarantäneanstalt mit dänischem Vieh dauernd voll besetzt, so daß für die demnächst zu erwartende Einfuhr schwedischer Rinder neue Räume geschaffen werden müssen. Uur für eine gezielte Einfuhr nach Möglichkeit gerüstet zu sein, hat die Schlachthofverwaltung der Verwaltungsbehörde im Einvernehmen mit der Baudeputation schon Mitte vorigen Jahres einen allgemeinen Plan ausgearbeitet, wie eine Vergrößerung der bestehenden Quarantäneanstalt am besten durchzuführen sei. Das Nähere hierüber ist aus der beigelegten Zeichnung zu ersehen. Es können 6 weitere Ställe auf dem zur Verfügung stehenden Gelände gebaut werden, die zusammen für 1180 Rinder Platz bieten. Die Gesamtkosten betragen nach dem ebenfalls beigelegten Kostenschlag des Bauinspektors Baurats Mühlenpfordt vom 8. Juli 1911 183 000 Mk. Da es sich zurzeit noch nicht übersehen läßt, welchen Umfang die Einfuhr von schwedischem Vieh annehmen wird, es aber durchaus erforderlich ist, bei eintretendem Bedarf etwa notwendige Ställe in der denkbar kürzesten Zeit zu erbauen, hat die Verwaltungsbehörde beantragt, den ganzen Betrag schon jetzt zu bewilligen, mit der Maßgabe, daß zunächst nur drei Ställe zur Ausführung gelangen, der Bau der übrigen Ställe aber auf Antrag der Verwaltungsbehörde vom Senat allein genehmigt werden kann. Für die 3 sofort zu erbauenden Ställe wird ein Betrag von rund 73 000 Mk. erforderlich sein. Diese verhältnismäßig hohe Summe erklärt sich daraus, daß ein großer Teil der Nebenarbeiten, wie die Anlegung der Sied-, Gas- und Wasserleitung u. a. sofort in den für die ganze geplante Neuanlage erforderlichen Abmessungen ausgeführt werden muß. Der Senat ist bereit, dem Antrage der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zu entsprechen und die Kosten zunächst auf die Einnahmen der Quarantäneanstalt anzuweisen. Der Senat beabsichtigt daher, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen: daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zur Errichtung neuer Ställe für Quarantänerinder nach dem Plane und Kostenschlag des

Bauinspektors, Baurats Mühlenpfordt vom 8. Juli 1911 bei Betrag von 183 000 Mark aus den Einnahmen der Quarantäneanstalt mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt werde, daß von den vorgesehenen 6 Ställen zunächst 3 mit einem Kostenaufwande von 73 000 Mark zur Ausführung gelangen, der Senat aber ermächtigt wird, für den Ausbau der letzten 3 Ställe auf Antrag der Verwaltungsbehörde allein die Genehmigung zu erteilen. Dr. Benba beantragte, statt der Worte „allein die Genehmigung zu erteilen“ zu setzen: „im Einvernehmen mit dem Bürgerausschuß die Genehmigung zu erteilen“. Der Bürgerausschuß beschloß, den Senatsantrag in der von Dr. Benba beantragten abgeänderten Fassung zur Mitgenehmigung durch die Bürgerschaft zu empfehlen.

Zur Herstellung einer Verbindung der Post- und der Mittelbrücke in Travemünde fordert der Senat die Bewilligung von 6000 Mk. Die Baudeputation hat die Notwendigkeit anerkannt, infolge der Einrichtung einer neuen regelmäßigen Schiffsverbindung zwischen Travemünde und den Ostseebädern Kellenhusen und Dahme die Dampferanlegestellen im Travemünder Hafen zu vermehren. Der Bürgerausschuß erteilte gestern die beantragte Mitgenehmigung.

Die Erweiterung des städtischen Schlachthofes beschäftigte gestern wieder den Bürgerausschuß. Der Senat beantragt bei der Bürgerschaft, daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zur Erweiterung des Schlachthofes der Betrag von 289 200 Mark aus den Anleihemitteln der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt werde, daß zur Tilgung dieses Betrages die halben Überschüsse der Quarantäneanstalt, mindestens aber 1 1/2 Prozent des Anleihkapitals verwandt werden sollen. Der Bürgerausschuß hatte den Antrag zunächst zur Vorprüfung an eine Kommission verwiesen, die beantragt: I. Der Bürgerausschuß wolle den Senatsantrag in der nachstehenden abgeänderten Fassung zur Mitgenehmigung durch die Bürgerschaft empfehlen: daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zur Erweiterung des Schlachthofes nach den Plänen der Baudeputation — jedoch mit Ausnahme des zu 62 000 Mark veranschlagten neuen Verwaltungsgebäudes — der Betrag von 227 200 Mk., soweit erforderlich und Rechnungssablage vorbehalten, aus den Anleihemitteln der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt werde, daß zur Tilgung dieses Betrages ein Viertel der Überschüsse der Quarantäneanstalt, mindestens aber 1 1/2 Proz. des Anleihkapitals verwandt werden sollen. II. Der Bürgerausschuß wolle den Senat ersuchen, ein neues, billigeres Projekt eines Verwaltungsgebäudes für den Schlachthof ausarbeiten zu lassen und zur verfassungsmäßigen Mitgenehmigung zu stellen. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung des Senatsantrages in der von der Kommission empfohlenen abgeänderten Fassung und beschloß, das von der Kommission beantragte Ersuchen dem Senat entgegenzubringen.

Der Bau einer Straßenbahn Israelsdorf-Rücknitz mit einem Kostenaufwand von 896 000 Mk. fand gestern die gutachtliche Zustimmung des Bürgerausschusses. Der Antrag der Kommission, die mit der Vorprüfung der Angelegenheit vom Bürgerausschuß beauftragt war, den Senat zu ersuchen, Arbeiterfabriken auch an Arbeiter mit über 1200 Mk. Einkommen pro Jahr abzugeben, wurde abgelehnt, nachdem der Senat erklärt hatte, daß die Behörde diesem Ersuchen bereits zugestimmt habe.

Ernennung. Der Senat hat den Gerichtsassessor Dr. jur. Gottlieb Friedrich Stord unter Verleihung des Titels Rat bei dem Stadt- und Landamte zum Oberbeamten beim Stadt- und Landamte ernannt und seinen Amtsantritt auf den 1. April 1912 festgesetzt.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich heute morgen auf der Worwerker Ziegelei. Dort geriet der beim Fuhrmann Sterly beschäftigte Arbeiter Haack unter eine Brücke, wobei ihm der Schädel eingedrückt wurde. Haack war sofort eine Leiche.

pb. Bodenkammerdiebstahl. Aus einem verschlossenen Bodenzimmer des Hauses Lachmehrs-Allee 21 sind in der Zeit vom 8. bis 18. d. M. ein schwarzer Gehrockanzug und eine graugefärbte Hose gestohlen worden.

pb. Festgenommen wurde ein Gärtner, der sich in mehreren Fällen des Betruges und der Wechselfälschung schuldig gemacht hat.

pb. Entwendete Uhr. Aus dem Wartezimmer eines in der Hackenburger Allee wohnenden Zahnarztes wurde am 18. d. Mts. zwischen 8 und 10 Uhr vormittags eine etwa 10 Zentimeter im Durchmesser haltende Nickel-Wederuhr, amerikanischen Fabrikats, gestohlen.

pb. Ein Logisräuber, der sich Brand nannte, mietete sich am Längen Lohberg ein Logis, entlieh von seiner Logiswirtin 1 Mk. und entfernte sich unter Mitnahme folgender Kleidungsstücke: 1 weißes Kinderkleid, 1 Sommerjackett, ein langer Sommermantel, 1 kurzes blaues Jäckchen, 1 schwarzes festes Kleid, 1 brauner Unterrock, 1 schwarzer Luchrock, 1 Knabenanzug und ein ausgestopfter weißer Pudel.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 12. ds. Mts. zwischen 6 und 7 Uhr abends ist vor einer am Markt belegenen Konditorei ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, gelben Felgen, Freilauf, Rücktrittsbremse, nach oben gebogener Lenkstange und der vom Politsektamt getesteten Erkennungsnummer 12021 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

Öffentliche Trinkerfürorgestellte Lübeck (Parade I). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 15. d. M., abends 6-7 Uhr.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Freitag abend 8 Uhr gelangt Sudermanns Schauspiel „Die Ehre“ zur nochmaligen Aufführung.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Sonnabend gelangt Verdis große Oper „Aida“ zur nochmaligen Aufführung. Als Radames wird Herr Ludwig Abel vom Stadttheater in Erfurt, der für die nächste Spielzeit in Aussicht genommene Helldentor ein Gastspiel absolvieren. — Am Sonntag findet das erste Gastspiel der Kammer Sängerin Eva von der Ofen von der Hofoper in Dresden statt und zwar in ihrer Glanzpartie der Tatjana in Tschaikowskys Oper „Eugen Onegin“, mit welcher die Künstlerin überall Triumphe feierte. — In Vorbereitung für Montag, den 18. März befindet sich die Schauspiel-Novität „Der Graf von Gleichen“ von Wilhelm Schmidts.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariates findet am Freitag, dem 15. März, abends von 5 bis 8 Uhr, im Lokale des Herrn Pinkert „Transvaal“ statt.

Hamburg. Zur Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens gegen Redakteure. Der Redakteur des „Hamburger Fremdenblattes“, Dr. Obst, wurde heute im Zeugniszwangsverfahren zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt, da er unter Berufung auf seine Berufschreibung das Zeugnis verweigerte. Von einer Haftstrafe wurde auf Wunsch des Staatsanwalts abgesehen.

Altona. Selbstmord eines Großkaufmanns In einem vornehmen Hotel zu Altona hat sich gestern der 55 Jahre alte Großkaufmann und frühere Artillerieoffizier Weber-Viel aus Altona-Othmarschen erschossen. Weber-Viel betrieb mit seinem Schwiegervater ein großes Baumaterialien-geschäft, das Motiv des Selbstmordes ist noch unbekannt. Der Verstorbene hinterläßt eine Frau und einen Sohn.

Selbe. 180 Schweine verbrannt. Auf der Rehring bei Lohse brannte das Schweinehaus des Meierhans Wichmann nieder, wobei 180 Schweine und Ferkel verbrannten. Verrettet wurden die Kinder und einige Schweine. — In Westorf brannte der Besitz von Chr. Thode nieder; 18 Rinder und 2 Pferde verbrannten. Die Entstehungursache ist in beiden Fällen unbekannt.

Verden. Ein mehrerbiger Schumann. Von dem Schwurgericht in Verden wurde am Montag in einer Sitzung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, gegen den früheren Schuttmann Guitao Drossel in Lehe wegen Meineides verhandelt. In einer Schöffengerichtsverhandlung in Lehe war Drossel als Zeuge vernommen worden. Er beschwor u. a. auch, daß er mit einigen Frauen nicht intim verkehrt habe. Das brachte ihm eine Anklage wegen Meineides ein und schon im Herbst 1911 befahte sich das Schwurgericht mit ihm. Die Geschworenen kamen aber damals zur Verneinung der Schuldfrage. Später mußte Drossel dann in Verden vor der Strafkammer als Zeuge auftreten. Auch hier beschwor er dann wieder, seinen intimen Verkehr mit bestimmten Frauen gehabt zu haben. Damals wurde er dann wegen Verdachts des Meineides im Gerichts-saale verhaftet. Heute befahten die Geschworenen die Schuldfra-gen, und das Gericht verurteilte Drossel zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Oldenburg. Ein Zwischenfall beim Oldenburger Schwurgericht. Der Mittwoch stattfindende Mordprozeß gegen den Galizier Stota, der in der Nacht zum 2. Januar in Augustfehn den Kolonisten Rohden erschoss, wurde auf aussehendere Weise gestern um 1 Uhr unterbrochen. Ein Geschworener war, wie sich herausstellte, nicht zur rechten Zeit erschienen und ein anderer hatte für ihn versehentlich beim Aufruf „Hier“ gerufen. Das ist vor dem Reichsgericht ein Revisions-grund. Trotzdem der Staatsanwalt und der Verteidiger erklärten, sie würden daraus keine etwaige Revision begründen, beschloß das Gericht, dennoch die Verhandlung zu schließen und heute nachmittag um 3 Uhr von vorn zu beginnen. Man rechnet mit einer Verhandlungsbauer bis nach Mitternacht. Die durch den Abbruch der Verhandlung entstehenden Kosten, die etwa 500 Mk. betragen dürften, fallen dem zu spät erschienenen Geschworenen zur Last, der allerdings seinerseits wiederum den Geschworenen haftbar machen kann, der ihn fälschlicherweise als anwesend bezeichnete.

Bremen. Bremische Steuerreform. Zur Deckung eines Fehlbetrags von einer Million Mark wird in Bremen eine Steuererhöhung geplant; es ist beabsichtigt, das Einkommensteuergesetz dahin abzuändern, daß die gezahlte Steuer nicht mehr wie bisher vom Einkommen abgezogen werden darf. Diese Änderung soll 500 000 Mk. Mehreinnahme bringen. Weiter soll die Erbschaftsteuer soweit erhöht werden, daß sie bei Erbansfällen von 500 000 Mark 6 v. H. erreicht. Außerdem soll der bremische Zuschlag zur Reichserbschaftsteuer erhöht werden, so daß dieser Steuerzweig 276 000 Mk. mehr ergibt. Endlich soll die Firmensteuer zu einer allgemeinen Gewerbesteuer erweitert werden, die auch die Gewerbe und das Handwerk trifft. Zugleich soll ihre Progression erhöht werden.

Kommunales.

Bureaukratische Wahllentzucht. Bei der letzten Stadtverordnetenwahl in Schraplau, Kreis Mansfeld, wurde unter Genosse Zeising in der 3. Abteilung gewählt. Als über die Gültigkeit der Wahlen in der Stadtverordnetenversammlung entschieden werden sollte, erklärte man Zeising's Wahl für ungültig, weil er einen unrichtigen Namen führe. Seine Eltern seien nur aufgeboden, nicht getraut worden; er müsse den Namen seiner Mutter tragen. Dabei wohnt Zeising seit 1876 in Schraplau, zahlt dort seine Steuern, konnte als solcher das Bürgerrecht erwerben und wurde in die Wählerliste eingetragen. Trotzdem kam der Bürgermeister jetzt plötzlich mit Entdeckung des falschen Namens, und der unterlegene Kandidat wurde für gewählt erklärt.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 13. März.

Bauern-Butter Pfd. 1,40—1,45 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,55—1,60, Hufen — Mk., Enten — Mk., Hühner 2,00—2,50 Mk., Küken Stück —, Tauben Stück 0,60—0,70 Pf., Gänse Pfd. —, Flügels — Mk., Schinken Pfd. 0,85—0,95 Pf., Schweinskopf Pfd. 50—60 Pf., Würst Pfd. 1,20—1,40, Eier Stück 7—8 Pf., Heringe — Pf., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpen Pfd. 1,00 Mk., Geruch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schleie 1,40—1,60 Mk., Brachsen 60—70 Pf., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. 0,00—80 Pf., Aal Pfd. 0,00—1,00 Mk., Karautischen Pfd. 80 Pf., Gemüse genüg., Blumentohl d. Kopf 0,20—0,30 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurten, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige Pfd. — Mk., Ansel. verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. Mk., Kirichen Pfd. — Pf., Kartoffeln neue 10 Pfd. 60—70 Pf., Mand Pfd. — Pf.

Getreidepreise.

Lübeck, 13. März.

Weizen, 128—184 Pfd. holl. 200—205 Mk., Roggen 120—125 Pfd., holl. 183—188 Mk., Gerste, nach Qualität 195—205 Mk., Hafer, nach Qualität, 198—204 Mk. alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternhans-Viehmarkt vom 13. März.

Auftrieb 1589 Schweine. Markt sehr flott geräumt, überhand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 69,— (— bis 55,— Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 69,— bis 70,— (53,50 bis 54,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 69,— bis 70,00 (53,50 bis 54,50) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 69,— bis 70,— (53,50 bis 54,50) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,— bis 67,00 (45,50 bis 51,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 62,— bis 63,00 (40,— bis 50,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 58,00 bis 62,00 (45,00 bis 48,50) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling Verleger: E. H. Schwarg, Druck: Friedr. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.

Grosse

Volksversammlung

am Freitag, dem 15. März 1912, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannistr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Die politische Lage im Reiche und im Reichstag.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Paul Göhre**, Zehlendorf-Berlin.

2. Freie Aussprache.

Arbeiter und Arbeiterfrauen! **Sorgt für einen Massenbesuch!**

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Im Auftrage: **Paul Löwig**, Johannisstraße 46.

Käse-Lager

Schlumacherstr. 12 Große Käse
Zilsener Fettkäse a 20-30 Pf.
Detail-Verkauf auf der Diele.



Knorr-Hafermehl

ist der einzig richtige Zusatz zur Kuhmilch und ein vorzügliches Kräftigungsmittel für Kinder wegen seines hohen Gehalts an blutbildenden Nährsalzen.

Wie!! Was!!

Es ist wahr, im Partie-Schuhwarengeschäft von **Anton Greve**, Sadenburger Allee 71, kauft jeder äußerst billig.

Alle Arten **Obst- und Zierbäume** Rosen und sonstige Gewächse für Hausgärten, Pflanzkartoffeln, **Sümpferpflanzen**, blühende Topfpflanzen, wachse empfiehlt **Carl Rohrdanz**, Allee 49.

H. Mews, Glasermeister Büchertstraße 6, Fernspr. 2321. Einrahmungsgeschäft für Bilder und Spiegel. Einrahmung der Fractionsbilder von 4 Mk. an.

Dieses großes Geschäft liefert elegante **Herren-, Damen- und Kinder-Garderoben** gegen wöchentlich. Katalog. Angebote unter Z 44 an die Exped. d. Bl.

Kalnbergs UNIVERSUM. Heute: Auftreten von **Heinr. Kalnberg** „Zigeunerliebe“. u. 22 Programmnummern. Beginn präz. 8 Uhr. Ende 12 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers** Markt 4 **Kohlh. 10**

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

- Lederhosen . . . 2.20-6.45
- Maurerhosen . . . 2.60-6.75
- Schlofferhosen . . . 1.88-5.25
- Überziehhosen . . . 1.08-2.35
- Zwinn-Hosen . . . 1.68-3.25

leinere Jacken, scharfe u. gerade, 1.28, Kragen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Nutzen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Lubecam.

Neues Stadttheater.

Freitag, 15. März. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. **Boh.-Ab. 152.** Freitag-Ab. 25.

Der Maskenball.

Große Oper von G. Verdi. **Sonnabend, 16. März. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.**

AIDA.

Große Oper von G. Verdi. **Kabanes** — **Ludwig Abel a. G.**

Vorläufige Anzeige. Sonntag, 17. März. Abds. 7 Uhr. **Boh.-Ab. 154.** **Erhöhte Preise.**

Erstes Gastspiel der Kgl. Säch. Kammerjängerin

Eva von der Osten von der Kgl. Hofoper in Dresden.

Eugen Onegin.

Tajana Eva v. d. Osten a. G.

Schuhwarenlager

Heinr. Beckmann Reiferstraße 3.

Empfehle neu eingetroffene **Herren-, Damen- u. Kinderjachen**

zu billigen Preisen. Gr. Auswahl in **Konfirmanden-Stiefel**, eine Partie **Damen-Schürstiefel**, passend für Konfirmanden. **Chebran** mit Gr. 36-42 4.75 Mk. **Boh.-Ab.** Gr. 36-42 6.75 Mk. **Restbestände** und Einzelpaare in geäußerter Auswahl zu Einkaufspreisen.

Hiermit zur Nachricht, daß ich mein

Friseurgeschäft nach **Untertrave 3c** verlegt habe.

Durch Einstellen eines Gehilfen bin ich wieder in der Lage, jeden ohne längeres Warten gut und aufmerksam zu bedienen. **W. Wendler, Friseur, Untertrave 3c.**

Stadthallentheater.

Freitag, den 15. März. 8 Uhr.

Die Ehre.

Schauspiel von Sudermann. Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel, Markt 14**, und **Kos. Kohnmarkt 13**.

Hansa-Theater.

Dir.: **R. Gollbach.** Tel. 610. Tel. 610.

Auf vielseitigen Wunsch:

Krone u. Fessel

Militär-Ausstattungsstück in 6 Bildern von **W. Howard** und **S. Lug.**

Mit Herrn Direktor **Reinhold Gollbach** als Gast.

Vorverkauf bei **Sager, Kohn,** und **Niemeyer, Breite Straße.**

Neue Subskriptions = Eröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig

Carl Sagenbed von Tieren und Menschen

pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Erlebnisse und Erfahrungen:

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hauschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in **Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.** Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann; ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.



„Ein Volksbuch im besten Sinne“ ist Carl Sagenbeds Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielt, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

Carl Sagenbed der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam angelegenen Jagd- und Abenteuer des größten Tierforschers der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erstaunlichen Erfolge Sagenbedscher Tierzucht, die Löwen, Tiger, Bären und andere wilden Tiere in friedlichem Beisammeln zusammenhausen läßt. Carl Sagenbeds Aufzeichnungen sind die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Sagenbeds Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthaus begründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung. Auch für die reife Jugend bedeutet Sagenbeds Wert ein Buch, wie es sich besser nicht denken läßt. Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehendem Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist Carl Sagenbeds Werk eine bloße Unterhaltungsliteratur, es ist ein Bildungs-element ersten Ranges. Ein neuer „Verehrer“ liegt hier vor uns, seiner lebhaften Form entledigt und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Weltwissens bereichert.

Das Werk ist auch in einem Bande zum Preise von **M. 6.—** zu beziehen von der Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

80000 Exemplare bereits verkauft

Bestellform und anfordern Sie die Buchhandlung **Fr. Meyer & Co.** Unterelshorn. — Bestellt hierdurch **Carl Sagenbeds von Tieren und Menschen** Beständig in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5.25 Mk. nebst einer Einbandkarte für 75 Pf. **Wichtig!** Bestellen Sie in eine Lieferung möglichst bald. **Bestellform** in 1 Bande für M. 6.— (Einschickungsfähig für zu beschaffenden) **Name und Stand:** **Genaue Adresse:**

Der Kampf der Bergarbeiter.

Nach Meldungen der Zechenpresse stehen im Ruhrbecken mehr als 220 000 Bergarbeiter im Streik. Da fortgesetzt Meldungen über weitere Arbeitseinstellungen einlaufen, so steht fest, daß der Streik sich weiter ausdehnt. In den nächsten Tagen wird der Bergarbeiter-Verband selbst die Zahl der Streikenden veröffentlichen können. Die bürgerliche Presse gibt sich alle Mühe, die Zahl der Streikenden möglichst gering anzugeben und die Streikenden selbst zu verwirren. Dennoch, der Streik geht weiter; er greift jetzt auch außerhalb des Ruhrreviers um sich! Im lothringischen Steinkohlenrevier (Merlenbach) sind 3000 Bergarbeiter in den Ausstand getreten.

Wegen des Ausstandes haben sich die meisten Zechen des Reviers genötigt gesehen, die Mittags- und die Nachtschicht ausfallen zu lassen. Die Arbeitswilligen sind zu einer Schicht vereinigt, die morgens um 7 Uhr beziehungsweise 8 Uhr beginnt.

Gestern mittag fanden im Ruhrrevier die schon angekündigten Verhandlungen der Arbeiteraus-schüsse mit den Grubenverwaltungen statt. Die Antworten der Grubenbesitzer lauteten durchweg ablehnend. Die Grubenverwaltungen erkennen nach wie vor die Arbeiteraus-schüsse nicht als berechtigte Vertreter in der Lohnfrage an! Einzelne Zechenverwaltungen stellen ganz naive Fragen, z. B. sie wüßten gar nicht, warum eigentlich gestreikt würde. Wieder andere Zechenverwaltungen haben an die Arbeiteraus-schüsse das Verlangen gestellt, sie möchten doch mit gutem Beispiel vorangehen und die Arbeit wieder aufnehmen. So ist vorläufig wiederum die Hoffnung erloschen, daß die Zechenverwaltungen doch nachgeben und den Arbeitern einiges Entgegenkommen zeigen würden.

Auf einer Anzahl Gruben wird den streikenden Zechenkolonienbewohnern die Räumung der Wohnungen angedroht, falls sie nicht sofort die Arbeit aufnehmen. Schreck-schüsse!

In verschiedenen Ortschaften ist die Polizeistunde für Wirtschaften auf 9 Uhr abends festgesetzt. Im Bochumer Kreis ist den Wirten verboten worden, Schnaps und Liköre zu verkaufen. Bei Übertretung des Verbots wird mit Schließung des Lokals gedroht.

Streikbrecher haben an den Kaiser telegraphiert, daß er sie besser vor den Streikenden schützen solle. Dabei laufen die einzelnen Streikbrecher in den entlegensten Straßen umher, ohne daß ihnen ein Haar gekrümmt wird. Gerade im Bochumer Bezirk, von wo aus die Depesche abgeschickt wurde, ist keinem Streikbrecher etwas geschehen. Die Depesche ist Mache.

Am Dienstag kam es an verschiedenen Orten zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden bzw. zwischen Polizei und Frauen und Kindern. In Herne schoß ein Polizist auf der Straße, obwohl der „Feind“ hier nicht zu sehen war. Ein Streikender, der sich den Vorfall notierte, wurde siliert. „Wir werden Ihnen helfen, die Polizei zu kritisieren!“ Dieser Verhaftungsgrund ist gleichwertig mit der polizeilichen Schießerei. Kein Mensch weiß, warum der Polizist geschossen hat. Am Mittwoch früh wurde in Herne ein 15jähriger Junge von der Polizei erschossen!

Einzelne Streikende wurden in dieser Stadt bis in die Höhe gejagt und dort mißhandelt. — In Werne bei Langendreer ritten Dienstag mittag die Polizisten in eine friedliche Menschenmenge hinein. Diese bewegte sich auf einer Straße, die auch in ruhigen Zeiten einen starken Verkehr aufweist. Besonders bei schönem Wetter sind daselbst Ansammlungen üblich. Ohne daß irgendwelche Gefahren vorlagen und ohne daß Auf-forderungen gehört worden, ritten die Beamten eine Attacke. Einzelne Passanten wurden bis in die Felder hinaus verfolgt, Geschäftsleute, die an den Haustüren standen, in die Wohnungen gewiesen. In die Wirtschaft Jungermann drängten Gendarmen hinein und trieben gewaltsam die Gäste hinaus. Bei der Attacke sind Mädchen und Frauen geschlagen worden. In Rotthausen wurde eine 56 Jahre alte pol-nische Witwe ins Bein geschossen. Als der Schuß auf die alte Frau fiel, befahl die Polizei: Hände hoch. Die Streikenden, überhaupt die Männer, wurden nach Waffen untersucht, aber es wurde nichts gefunden. Glaubt die Polizei, daß Streikende auf alte Frauen schießen? In Kraß wurde einem Arbeitswilligen das Ohr ab-geschlagen. Ähnliche Meldungen kommen auch aus anderen Orten. Die den Streikenden feindlich gegen-überstehende Presse wird ja alles versuchen, um die Streikenden für die Ausschreitungen verantwortlich zu machen und damit den Ruf nach Militär zu begründen.

Wie unbegründet aber diese Forderung ist, und wie von der zechenfreundlichen Presse geschwindelt wird, dafür wollen wir einen gewiß unvorurteilichen Zeugen anführen: Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, ein Erzschwarzarbeiterorgan. Das Blatt schreibt in der Mittagsausgabe vom Dienstag unter der Spitz-marke:

„Alles ruhig.“ Mit kleinen Ausnahmen ist von gestern abend bis heute morgen im Streikgebiet Feinereis erste Ruhestörung vorgekommen. Einzelne Ausschreitungen, die gemeldet werden, dürften sich von den üblichen Maltagskrawallen nicht wesentlich unterscheiden, nur in Hamborn kam es zu bedenklichen Zusammenstößen.“

Unter Hamborn schreibt die „Rh.-W.-Ztg.“ dann in der Abend-Ausgabe von Dienstag: „Infolge der gestern abend hier vorgefallenen Ausschreitungen hat die Polizei-verwaltung weitere polizeiliche Unterstützung erbeten. Es treffen im Laufe des heutigen Nachmittags weitere 45 berittene Schutzleute ein. Im übrigen kann man die gestrigen Ausschreitungen nur zum kleinsten Teil dem gegenwärtigen Streik zuschreiben.“

In derselben Nummer (vom Dienstag abend) ist weiter zu lesen: „Ausschreitungen von Belang sind in keinem Revier vorgekommen.“ So urteilt das arbeiterfeindliche Unternehmerorgan über die Situation.

Wahrlich, die ganze Niederträchtigkeit und Arbeiter-feindlichkeit der Zentrumspresse kann gar nicht besser beleuchtet werden, als durch den Ruf nach Militär!

Ein weiterer unverdächtig Zeuge, der Korrespondent des „Berliner Tageblatts“, schreibt:

„Es wird weiterhin lebhaft über das außerordentlich rigoreuse Vorgehen der Polizei in vielen Orten geklagt, die jetzt unachtsamlich die Streikenden von den Straßen zu entfernen versucht, selbst wenn die

Streikenden sich ruhig verhalten. Dieses Vorgehen der Polizei ist um so weniger motiviert, als nur wenige und kaum nennenswerte Zwischenfälle zu verzeichnen sind. Die Essener Polizeidirektion teilt mir heute abend auf meine Anfrage mit, daß ihr nichts von irgendwelchen Ausschreitungen bekannt geworden ist. Man kann nicht energisch genug gegen die Absicht mancher Polizeibehörden protestieren, hier bei der leicht begreiflichen Hochspannung der Gemüter ganz unnötigerweise Schneid herauszukehren.“

Das Vorgehen der Polizei steckt an. Eine Reihe Zentrumsleute haben sich mit Revolvern bewaffnet. Wollen sie sich vielleicht vor der Polizei schüzen?

In Hamm mußte einem christlichen Vertrauensmann, der Passanten mit der Waffe bedrohte, der Revolver abgenommen werden. Dasselbe geschah mit dem ehemaligen christlichen Vertrauensmann Bernhard Köster, heute Hausierer in Herne. Köster bedrohte Streikende, so daß schließlich auf Veranlassung von diesen ihm durch die Polizei der Revolver abgenommen wurde.

Das Vorgehen der Polizeibeamten hat große Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen. In einer Massensammlung am Dienstag abend wurden die Polizeiaus-schreitungen scharf kritisiert und am Schluß folgende Resolution angenommen:

„Die heute in Herne tagende Versammlung der Streikenden protestiert gegen das Vorgehen der Behörden, der Polizei und Gendarmen während des Ausstandes. Wenn wir auch anerkennen wollen, daß viele Sicherheitsorgane mit Takt den Streikenden gegenübertraten, so muß doch gesagt werden, daß andere Beamte wieder in einer solchen provokatorischen Weise den Streikenden begegnen, daß man sich wundern muß, wenn es nicht schon zu größerem Blutergießen gekommen ist. Die Versammelten fordern die Regierung auf, die Behörden im Ruhrbecken zu veranlassen, daß die Beamten nicht nur mit Vernunft und Takt die Streikenden behandeln, sondern daß sie den bestehenden, auch den Bergleuten garantierten Gesetzen Rechnung tragen. Die streikenden Bergleute verlangen nicht nach Krawallen, wie es gewisse im Ruhrbecken bekannte Kreise wünschen. Die Streikenden haben in Ruhe ihren Streik begonnen und wollen in Ruhe den Streik beenden.“

Der alte Bergarbeiterverband verbreitet eine dringende Mahnung an alle streikenden Bergarbeiter. Einige Vorkommnisse der letzten Tage veranlassen uns, dringend zur Ruhe, Besonnenheit und Disziplin zu mahnen. Vor allen Dingen ist dringend nötig, Zusammenrottungen zu unterlassen. Die Arbeiterfeinde rufen schon nach Militär und Belagerungszustand. Gelingt es, ihr Vorhaben zu verwirklichen, dann leidet unser gerechter Kampf schweren Schaden. Hört die Mahnung, seid vernünftig! Auch wir möchten der Behörde anheimgeben, auf die fremden Beamten beruhigend einzuwirken. Diese lassen sehr viel Ruhe vermissen. Wo einheimische Sicherheitsorgane den Dienst versehen, machen sich nicht die geringsten Störungen bemerkbar. Diese kennen Land und Leute, und wissen, daß ein gutes Wort viel ausmacht. Die Organisation kann und darf nicht zugeben, daß Ordnung, Ruhe und Disziplin gestört werden. Bereitet der Organisation keine Schande. Unsere Sache steht gut. Schon streiken 230 000 Bergleute. Hört darum die brüderliche Mahnung, führt den gerechten Aufstand in Ruhe und Ordnung. Weibet den Alkohol, weist alle anrüchigen Elemente aus Eurer Mitte zurück.

Der Wilddieb.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(8. Fortsetzung.)

„Hilfe!“ wollte der Unglückliche rufen, aber keinen Laut brachte er mehr aus der wie mit eiserner Klammer zugeschnittenen Kehle, und wieder und wieder begrub der Wilderer sein Messer in der zuckenden Brust des Opfers, bis dieses still, regungslos und verblutend vor ihm lag. Weiter war tot.

„Wenn ich denn doch ins Zuchthaus soll, bringst Du mich wenigstens nicht hinein, mein Bursche.“ raunte Kerdelmann der Leiche zu. „Gern hab' ich's nicht getan, aber — Du hast es nicht besser haben wollen und bist jetzt un-schuldig gemacht. Aber was weiter? — Eine verurteilte Geschichte bleibt's immer und ein wahres Glück nur, daß ich nicht im Verdacht des persönlichen Wilderens stehe. Wenn ich un-berührt nach Hause komme, kann noch alles gut gehen — allein die Leiche hier?“

Er blieb, beständig das blutige Messer in der Hand, mehrere Minuten lang in düsterem Brüten neben dem toten Körper stehen, dann aber, wie plötzlich zu einem Entschluß gekommen, schleuderte er den Stahl in das Dickicht und hob dann die Leiche vom Boden auf, sie ebenfalls dort hinein zu tragen. Das war bald geschehen, auch das ge-schlossene Wild brachte er in den Schuß der dichten Zweige und ließ sogar den Aufbruch nicht zurück.

Es schneite fort und der Wind trieb, nach Nordwest um-sprungen, eine Masse neuer Wolken am Himmel empor, die sich in immer dickeren Flocken entluden. So günstig ihm aber auch der Schneefall für später sein konnte, so großer Gefahr setzte sich Kerdelmann aus, wenn er jetzt länger zögerte. Der Morgen mußte sehr nahe sein, und wenn er seine eigene Wohnung nicht noch unter dem Schuß der Dunkelheit er-reichte, — wenn ihn auch nur eine einzige Seele im Ort sah, so mußte sich der Verdacht unmittelbar gegen sein Haupt wenden.

Sein eigenes Gewehr hatte er dem Toten schon wieder abgenommen, aber auch dessen Doppelflinte griff er nun auf, legte sie zu der Leiche ins Gebüsch und eilte dann, so rasch er konnte, den Schreckensplatz zu verlassen.

VI.

So lange der Mörder voller Hast beschäftigt gewesen war, die Spuren seiner Tat soviel als möglich zu verbergen,

so lange hatte ihn die gewaltige Aufregung, in der er sich befand, auch nicht zu einem recht klaren Besinnen kommen lassen. Er tat eben, was er für nötig hielt, sein Verbrechen zu verdecken und suchte vor allen Dingen jetzt noch so viel Zeit zu gewinnen, um an sich selber jede Spur zu vertilgen. Wie er nun aber den Hang hinunterstieß, seine Wohnung so rasch als möglich zu erreichen, überkam ihn zum ersten Male das volle Gefühl dessen, was er getan — was er verurteilt, und der kalte Angstsweiß trat ihm vor die Stirn. Scheu warf er den Kopf nach rechts und links hinüber, wenn ein hinter ihm drein kollender, von seinem Fuß g'löhter Stein ihn schon die Verfolger auf seinen Fersen ahnen ließ, und fast ließ er einen lauten Schrei aus, als dicht neben ihm ein aufgeschreckter Auerhahn von einer niedern Kiefer mit lautem Flügelgeschlag abstrich und das Weiße suchte.

Gewaltig mußte er sich endlich zusammennehmen, die Todesfurcht, die ihn beschlich, zu bezwingen. Er setzte sich auf einen am Wege liegenden Stein, um sich ein wenig zu sammeln und das Nächste zu überdenken. Hier schraubte er zuvörderst seine schon zu solchem Dienst eingerichtete Büchse auseinander und verbarg sie mit Hilfe eines breiten Riemen, den er unter der weiten grauen, das Gewehr vollständig verdeckenden Joppe trug. Dann stieg er hinunter zum nächsten Bach und wusch sich die blutigen Hände — aber von den Kleidern konnte er die Blutstrecken in der Dunkelheit nicht entfernen; damit mußte er warten, bis er zu Hause angekommen war.

Es schneite stärker und stärker und die großen Flocken, die ihm entgegenstiegen, schmolzen im Nu auf seiner feber-haften Stirn. Im Wege blieb der Schnee schon liegen, daher sprang der Wirt aus demselben zur Seite und eilte, so rasch ihn seine Füße trugen, aus dem Wald hinaus, dem nicht mehr fernem Dorfe zu. — Der Schnee konnte ihn aber auch retten. Schneite es nur noch eine Stunde so fort, so waren alle Spuren vertilgt und er brauchte in den nächsten Tagen eine Entdeckung kaum zu fürchten.

Jetzt hatte er den äußern Rand von Hollenheit und da-mit den ihm so wohlbekannten Garten der Krone erreicht. Der Blatz lag wärmer und geschützter als der höhere Wald und der Schnee blieb hier noch nicht ordentlich liegen. Bis es ordentlich Tag wurde, verging überdies noch eine volle Stunde, und er eilte durch den Garten, um so die Straße abzuschneiden und nicht etwa dem Wächter zu begegnen.

Nicht unter Margarethens Schlafzimmer mußte er hier vorbei und er warf den schweren Blick dort hinauf, drückte sich aber im nächsten Augenblick fest an die Wand, denn es war ihm fast, als ob er oben am Fenster eine helle Gestalt gesehen hätte. In dem dunklen Hofe der Krone konnte ihn

niemand erkennen — der Kettenhund war auf der anderen Seite des Hauses angebunden, und wenige Minuten später glitt er über die leere, dunkle Straße hinweg seinem eigenen Gehöfte zu.

Einmal dort, war er vor Entdeckung sicher. Selbst von seinen Leuten mußte niemand, daß er nachts sein Schlaf-zimmer mandmal verließ. Das niedere Fenster führte auf den Hof hinaus und war von außen durch eine kleine, heimlich angebrachte Schnur zu öffnen. Jetzt war er in dem Ge-mach, riß die Schnur ab, schloß das Fenster fest von innen und sank dann erschöpft, zerbrochen auf einen Stuhl.

Aber auch hier durfte er nicht länger säumen, wenn er vor Tag noch alle Spuren vertilgen wollte. Rasch zog er deshalb seine Kleider aus und schnürte sie in ein feines Hän-del zusammen, reinigte sich vollkommen und erwartete dann mit entschuldigter Ungebuld den Tag, damit er sich nicht zu früh sehen ließ und dadurch Verdacht erregte.

Jeden Morgen war sein erstes Geschäft, in den Keller hinunter zu gehen und dort frisches Bier herauszugeben. Den Keller betrat nur er; den Schlüssel hatte er stets bei sich und dort konnte er deshalb auch seine Kleider am sicher-sten verbergen.

Es schneite endlich, was nur vom Himmel herunter wollte, und Kerdelmann begrüßte mit Jubel jede neue Schneelage, half sie doch seine hinterlassene Spur ver-decken. Als es hell wurde, war die Gegend rings in ein weißes Kleid gehüllt, und immer mehr noch kam von oben nieder. Wer hätte ihn jetzt aufspüren sollen? Er war ge-rettet.

Nichtsdestoweniger ging er mit aller Vorsicht daran, jeden nur irgend möglichen Verdacht abzuwehren. Als er, genau zur gewöhnlichen Zeit, in den Keller hinunterstieg, gelang es ihm, das Paket Kleider und sein Gewehr unbemerkt mit hinab zu nehmen. In dem feuchten Boden des Kellers hatte er dann bald ein ziemlich tiefes Loch eingegraben, in das er die fest zusammengerollten blutigen Kleider steckte, die Erde darauf wieder fest trat und die vorher zurückge-schobenen Balken, auf denen das Bier lag, wieder darüber zog. Das Gewehr verbarg er an einer anderen Stelle — in den Wald hinaus durfte er doch nicht wieder — und das alles in Sicherheit gebracht, fühlte er sich jetzt etwas ruhiger. Ja, als er hinausstieg und das starke Schnee-geföbber wieder sah, ward es ihm ordentlich leicht ums Herz. Er piff so vergnügt durch das Haus und bei seiner Arbeit, als ob er die Nacht sanft und süß im warmen Bett geschlafen hätte. Wer ihn so sah, konnte wahrlich nicht ahnen, daß der Mann vor wenigen

*) Die ausgeworfenen Eingeweide eines Wildes.

Zum Schluß geben wir noch einige Meldungen des Wolffschen Telegraphenbureaus wieder. Wir bemerken aber dazu, daß dieses Bureau im Dienste der Föderalverwaltung steht.

Gerne, 13. März. Die Polizei teilt mit, daß heute mittag wiederum Schußleute beschossen worden sind, die sich von der Schußwaffe Gebrauch gemacht haben. Ein 20jähriger Bergmann hat einen Schuß in den Unterschenkel erhalten.

Buer, 13. März. Wie die Polizeiverwaltung mitteilt, wurde heute nachmittag auf der Königgräzer Straße der Bergmann Zapella von einem Gendarm erschossen. Der Sachverhalt ist folgender: Die Gendarmrie wurde mit Steinen beworfen. Als sie nun zur Verhaftung eines der Beteiligten schritt, wurde sie von fünf bis sechs Personen angegriffen und abermals mit Steinen beworfen. Mehrmaliger Aufforderung, auseinanderzugehen, leisteten sie keine Folge. Die Gendarmrie war schließlich gezwungen, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Hamborn, 13. März. Wie die Polizeiverwaltung mitteilt, wurden heute nachmittag vier Personen verhaftet, weil sie auf vereinzelt reichende Patrouillen geschossen hatten, und eine, weil sie aus einem Fenster auf einen vorübergehenden Polizeikommissar mit einem Eisenstück geworfen hatte. Krawalle haben heute nachmittag und heute abend nicht stattgefunden.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 13. März 1912.

25. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Die gegen die Abgeordneten Nowitzki (Pole), Baudert (S.D.) und Struve (Wpt.) schwebenden Gerichtsverfahren werden für die Dauer der Session eingestellt. Die Interpellation des Zentrums wegen des Bergarbeiterstreiks wird, wie Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt, morgen beantwortet werden.

Ein Nachtragsetat für 1911.

Mollenbuhr (S.D.) beantragt Überweisung an die Budgetkommission. Es handelt sich hier um den Beschlussestat für das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. In der beiliegenden Denkschrift heißt es: „Ein Fehlgang in der Organisation der Reichsversicherungsanstalt würde nicht nur die gesamten Verwaltungskosten wesentlich steigern, sondern kann auch für die Entwicklung der Anstalt verhängnisvoll werden.“ Solche Fehler können aber sehr leicht eintreten, so lange die im Gesetz vorgesehenen nicht beamteten Mitglieder des Direktoriums noch nicht bestimmt sind. Es soll die ganze Organisation jetzt von den Beamten des Direktoriums vorbereitet werden. Dabei kommen aber eine ganze Reihe von Fragen in Betracht, bei denen die Mitwirkung des Laienelements notwendig ist, z. B. die Durchführung des Heilverfahrens, die Errichtung von Heilstätten usw. Ferner ist bestimmt, daß das Direktorium arbeiten soll nach einer Geschäftsordnung, die der Reichskanzler erläßt und zwar nach Anhörung des Verwaltungsrates. So lange aber kein Verwaltungsrat da ist, kann er ihn nicht anhören, also auch keine Geschäftsordnung erlassen. Es müßten also zunächst die Vertrauensmänner gewählt werden, damit sie den Verwaltungsrat und dieser die nicht beamteten Mitglieder des Direktoriums wählen kann. Nach dieser Denkschrift aber soll eigentlich alles, was gemacht werden soll, vorher gemacht werden, ehe die nicht beamteten Mitglieder da sind, und da vom grünen Tisch aus in der Regel die Sachen so gemacht werden, wie es nicht richtig ist, wird das vollständige Direktorium dann die große Arbeit haben, alles von neuem aufzubauen. Man sollte also versuchen, eine Form zu finden, welche diese Fehler ausschließt. Bravo! bei den Soz.

Geheimrat Caspar: Herr Mollenbuhr hat auf eine Reihe Aufgaben hingewiesen, die allerdings erfüllt sein müssen, bevor die Anstalt in vollem Umfange in Funktion treten kann. Aber all diese Aufgaben sehen voraus, daß erst einmal eine Organisation geschaffen werden muß und lediglich um die Einleitung dazu handelt es sich hier. Es müssen Beamte da sein, die den Wahlaufruf zur Wahl der Vertrauensmänner erlassen, die Wahlen betätigen usw. Alle weiteren Aufgaben der Verwaltung, die Herr Mollenbuhr erwähnt, wie das Heilverfahren usw. kommen jetzt noch nicht in Betracht.

Wassermann (N.) widerspricht dem Antrage auf Kommissionsberatung. Es sei notwendig, daß die Beamten zur Vorbereitung der ganzen Organisation so bald als möglich in Tätigkeit treten.

Dr. Schädlcr (Z.) schließt sich dem Vorredner an. Mollenbuhr (S.D.): Was mich stutzig gemacht hat, ist eine Bemerkung auf Seite 7 der Denkschrift, wonach der jetzt zu schaffende Apparat ebenso funktionieren soll, als ob das Gesetz schon viele Jahre hindurch bestanden hätte. Dar- aus konnte man schließen, daß die Regierung ihrer ursprünglichen Absicht gemäß entgegen dem Beschlusse des Reichstags nun doch alles ohne die nicht beamteten Mitglieder des Direktoriums machen wollte.

Graf Westarp (N.) hält ebenfalls eine Kommissions- beratung für überflüssig. Der Antrag Mollenbuhr wird zurückgezogen, der Entwurf wird genehmigt.

Der Etat des Zentrums.

10. Tag.

In den Etat sind 150 000 Mk. zur Unterstützung wissen- schaftlicher Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft eingestellt. Die Budgetkommission hat auf Antrag des Zen- trums eine Resolution angenommen, die einen Ergänzungs- etat mit großen Mitteln zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche unter wirksamer Bekämpfung ihres Erregers fordert. Es sollen Stipendien an Institute und geeignete Privatpersonen und eine große Prämie dem Entdecker des Seuchenerregers und des Heilmittels gewährt werden.

Eine weitere Resolution des Zentrums verlangt die Über- nahme der Kosten der Seuchenbekämpfung auf den Staat; die Entschädigungen sollen nach verschiedenen Richtungen ausge- dehnt und Steuernachlässe gewährt werden. In derselben Richtung bewegt sich eine Resolution der Polen. Die Na- tionalliberalen fordern, daß in einem Nachtragsetat genü- gende Mittel für die wissenschaftliche Erforschung der Seuche und ihre Bekämpfung, auch zur Unterstützung von Privat- forschern zur Verfügung gestellt werden; daß in Fällen des ersten Ausbrechens der Seuche die Tötung der betroffenen Viehbestände durch Vernichtung von Entschädigung ermög- licht wird, und daß schließlich die Bekämpfung der Seuche einheitlich und ohne unnötige Härten durchgeführt werde unter Übernahme der Kosten für tierärztliche Untersuchungen und Abteste auf die Staatskasse.

Mäglinger (Z.): In Nieder-Bayern hat die Seuche nach den neuesten Nachrichten wieder weiter um sich gegriffen. Sie bedroht den deutschen Viehstapel, dessen Wert für das Klauenvieh allein mit zehn Milliarden nicht zu hoch geschätzt wird. Eine Nationalspende ist für den Entdecker des Seuchen- erregers und für den Finder eines Heilmittels angemessen. Die Lösung für die Bekämpfung der Seuche heißt: den Polizeistock zurück, die Hygiene vor. (Bravo! im Zentrum.)

von Volk (N.): Das Ausland sollte nicht besser be- handelt werden als das Inland. An der Grenze muß es heißen: entweder Quarantäne oder binnen 24 Stunden ab- schlachten, sonst wird die Seuche immer wieder eingeschleppt. Hoffentlich wird mit dem Inkrafttreten des neuen Vieh- seuchengesetzes am 1. April — aber das erscheint noch nicht sicher — von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, wenn eine Seuche noch nicht weit verbreitet ist, durch Abschachtung des Viehes den Seuchenherd auf einen kleinen Kreis zu be- schränken.

Wamhoff (N.) ist erfreut darüber, daß Preußen be- reits erhebliche Mittel zur Erforschung der Seuche eingestellt hat. In ihrer jetzigen Form sind die Spermaeregeln wenig wirksam. Bei allen polizeilichen Maßnahmen müssen auch sachverständige Laien gehört werden. (Bravo!)

Blum (Wpt.): Selbst die strengsten Sperrvorschriften konnten die Seuche nur aufhalten, aber nicht vertilgen. Die Bereitstellung von Reichsmitteln zur wissenschaftlichen Er- forschung der Seuche wünschen auch wir. Die Notwendigkeit eines strengen Grenzschutzes gegen die Einschleppungsgefahr erkennen auch wir durchaus an. (Hört, hört! rechts.) Der durch die Seuche verursachte Schaden für die Volkswirtschaft beträgt mehrere Millionen. Bei den Spermaeregeln dürfen die Interessen der Betroffenen und des Verkehrs nicht ver- nachlässigt werden. (Sehr richtig! links.) Die Beobachtungs- gebiete sind viel zu groß. Es müssen sachverständige Laien gehört werden. Leider wurde unser dahingehender Antrag bei der Beratung des Viehseuchengesetzes abgelehnt. Wir haben eine Resolution eingebracht, die die von mir aufge- stellten Forderungen enthält und sich in der Entschädigungs- frage mit den anderen Resolutionen deckt. (Bravo! links.) Inzwischen ist eine Resolution Albrecht (Soz.) entgegen- gegangen, die die obligatorische Versicherung gegen die Schäden infolge von Viehseuchen fordert.

Scheidemann (S.D.): Solche Auseinandersetzungen über die Klauen- und Maulseuche haben wir in den letzten acht Jahren gering gerechnet 20—25mal gehabt. Es zeigt

sich hier, daß der Reichstag in der Tat eine Halle der Ver- handlungen ist. (Heiterkeit.) Ich will darauf verzichten, zu den alten Klagen und Forderungen neue vorzubringen, ich will nur auf den merkwürdigen Umstand hinweisen, daß früher immer geklagt wurde über die Maul- und Klauen- seuche und jetzt mehr über die Behörden und ihre Maß- nahmen zur Bekämpfung der Seuche. Ich bin seitherzeit ge- wöhnlich nicht zurückhaltend gewesen in meinen Angriffen gegen- über den Vertretern der Regierung, namentlich in der Vieh- seuchengesetzkommission, muß aber doch gestehen, daß jetzt Wormürfe erhoben werden, die zum Teil unberechtigt sind. Wenn einmal ein Gesetz gemacht wird, und man hat ma- natelang in der Kommission beraten und alle möglichen Klagen vorgetragen, wie wir damals, und es wird dann be- schlossen, entgegen den Klagen der Oppositionsredner, das alles ins Gesetz hineinzubringen, dann haben die Herren, die damals dafür gestimmt haben, kein Recht, hier auf die Regierung zu schimpfen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Einig sind wir uns alle darin, daß die Viehzüchter außerordentlich schwer geschädigt werden, und wir Sozialdemokraten werden auch in Zukunft wie bis- her alles bewilligen, was geeignet ist, die Seuche zu erfor- schen und zu bekämpfen. Aber wir werden auch in Zukunft alles ablehnen, was nicht im direkten Zusammenhang mit der Bekämpfung der Seuche steht, jede Verquickung mit rein wirtschaftlichen Forderungen. Deshalb haben wir ja auch gegen das Viehseuchengesetz gestimmt, weil man Dinge hin- eingebracht hat, die mit der Seuchenbekämpfung nichts zu tun haben. Eine Hauptsache ist die ausreichende Entschädi- gung der durch die Seuche geschädigten Viehzüchter. Des- halb haben wir einen alten Antrag von uns, der sonst später zur Beratung gekommen wäre, bei dieser Gelegenheit in eine Resolution verwandelt, den Antrag auf Einführung einer obligatorischen Seuchenversicherung, und ich hoffe, daß Sie diese Resolution einstimmig annehmen werden. (Bravo! bei den Soz.)

Riese (Z.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Resolutionen.

Geheimrat von Jonquères: Die Stellung der Regierung zu der Resolution der Kommission muß ich vor- behalten. Eine Änderung in den Bestimmungen über die Entschädigungsfrage ist ausgeschlossen. Auf die wirtschaft- lichen und Verkehrsinteressen ist in den Ausführungsbestim- mungen nach Möglichkeit Rücksicht genommen, nachdem die Interessenten ausführlich gehört worden. Für den Sommer, den Eintritt der Weidzeit werden auch dieses Mal wieder Ausnahmen von den strengen Wintervorschriften gestattet werden. Das Viehseuchengesetz und die Ausführungsbestim- mungen werden hoffentlich mit Eintritt des Frühjahr im Kraft treten können. Abgesehen ist infolge der bisherigen Be- kämpfung die Zahl der verseuchten Höfe erheblich zurück- gegangen. Die notwendigen Opfer sollten von den be- troffenen Viehzüchtern in ihrem eigenen und dem Interesse der Allgemeinheit ertragen werden.

Ahlfors (Wp.): Schlimmer als von der Seuche wer- den die Viehzüchter von den unklugen Maßnahmen der Be- hörden betroffen. Eine Kuh wurde innerhalb acht Tagen viermal untersucht und viermal gesund befunden. Kosten- punkt 40 Mk. — arme Kuh, armer Besitzer! (Hört, hört! und Heiterkeit.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Beck (N.), Behrens (Wp.), Werner (Wpt.), Graf Oppers- dorf (S. F.), Wallenborn (Z.), Dr. Bell (Z.) und von Morawski (Wole) schließt die Debatte.

Die vorliegenden Resolutionen werden angenommen, die Resolution Albrecht (Soz.) gegen die Stimme des Zentrums und der Konservativen.

Es folgt das Kapitel Reichsschulkommission. Hierzu liegt eine Resolution Albrecht (Soz.) und Gen. vor, auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der die Reichs- schulkommission zu einem selbständigen Reichsamte für das Schul- und Bildungswesen des Reiches ausbaut.

Abg. Schulz (Soz.) Nachdem sich das hohe Haus im Stundenlangen Debatten für das Wohl der deutschen Kinder bemüht hat, glaube ich Gerechtigkeit dafür voraussetzen zu dürfen, daß wir uns auch ein wenig dem körperlichen und geistigen Wohl der deutschen Kinder widmen. (Heiterkeit.) Gesunde Mäuler und Klauen für das deutsche Kindvieh sind gewiß wichtig, aber für die wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen des deutschen Volkes ist es auch von großer Wichtigkeit, daß die heranwachsende Generation gesund an Haut und Glieder ist. (Sehr wahr bei den Soz.) Für die Reichsschulkommission ist die winzige Summe von 6500 Mk. im Millardenetat ausgemorfen. Der Name dieser Institution läßt alle kühnen Vermutungen zu. In der Tat hat die Reichsschulkommission keine andere Aufgabe, als die Vorbereitungen für die Zulassung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst zu kontrollieren

Stunden einen Mord verübt habe und mit vor Angst ge- räubten Haaren aus dem Wald geflohen sei.

Im Forsthaus hatte die Frau Försterin den Herr Meier indessen vergebens zum Kaffee erwartet, zu dem er fast jedes- mal ins Dorf herunterkam. Aber er blieb auch manchmal länger aus und es fiel deshalb nicht besonders auf.

Mit Sonnenaufgang kam indes der Kreiser Schöffel vom Revier und brachte eine Einladung für den Förster Müller und seinen Gehilfen zur morgenden Jagd.

„Danke, Schöffel“, sagte Müller — „eine Empfehlung an den Herrn Förster und wir würden kommen. Meier ist zwar jetzt nicht zu Haus, aber ich denke, er wird ebenfalls abkom- men können. Was habt Ihr denn aber an der Stirn ge- macht, Schöffel? Ihr blüht ja!“

„Oh, es ist nichts“, Herr Förster,“ antwortete der Mann und wurde etwas verlegen. „Ich bin selber dran schuld. Der Herr Förster Wenzel hat mir nämlich den Brief schon gestern gegeben, daß ich ihn hierher tragen und dann gleich mit nach Weihenborn gehen sollte. Es kam mir aber etwas dazwischen und ich habe den Auftrag schmachlich vergessen, bis es gestern abend zu spät war. Da bin ich denn heute mor- gen schon um vier Uhr von zu Haus aufgebrochen und als es zu spät anfang an einem von den vermissten glatten Steinen den Gang hinunter ausgerutscht. Die Haut ist nur ein bißchen an der Stirn und hier an der Hand geritzt.“

„Welchen Weg seid Ihr denn gekommen?“ fragte der Förster.

„Ritt an der Grenze herunter“, antwortete der Kreiser.

„Nun gut — Ihr geht also jetzt nach Weihenborn hin- über, wie?“

„Zunächst, Herr Förster — wenn Sie etwas zu besorgen haben.“

„Nein, ich danke, nur eins wollt' ich Euch noch sagen, Schöffel — und es ist mir lieb, daß wir gerade allein sind. — Habt mit dem Meier Frieden, daß nicht wieder etwas Verarriges vorfällt wie neulich.“

„Herr, Herr Förster —“

„Ist mir schon. Der Meier hat Euch unbillig zugeföhrt: ich habe ihn deshalb auch ins Gebet genommen. Ich ver- lange aber, daß Ihr, wenn Ihr zu uns hier herüberkommt, alles verzeiht, was Unfrieden stiften oder den alten Streit wieder aufleben könnte.“

Schöffel biß sich auf die Lippen und hätte gern eine trohige Antwort gegeben. Aber er besann sich wieder. Hier- half es ihm doch nichts. Nach Weihenborn hinüber hatte er aber keine Zeit mehr zu verlieren, denn zu spät durfte er die Jagdeinladung nicht bestellen. Er schwieg also auf die Ermahnung, grüßte den Förster und verließ rasch das Haus.

So kam der Mittag heran und Meier war noch immer nicht zurück. Es hatte indessen fortgemittelt; im Wald drohen lag schon über sechs Zoll Schnee und ein tüchtiger Anhang in den Dickichten. Zum Mittagessen kamen die beiden Kreiser zurück, die draußen im Revier gewesen waren, und der För- ster befragte sie nach dem Fortgehilfen. Keiner von diesen wollte ihn aber gesehen haben.

„Ein Mann muß ganz früh heute morgen vom Buchen- schlag oder irgend da woher heruntergekommen sein“, meinte Meier, der eine Kreiser. „Die Spur konnt' ich aber nicht ordentlich mehr erkennen, denn es lag schon Schnee drin — auch kam mir der Fuß größer vor, als dem Fortgehilfen feiner.“

„Das war Schöffel“, sagte der Förster. „Der ist von der Grenze herabgekommen. Er war heute morgen bei mir.“

Meiers Essen wurde ihm warmgestellt, aber er kam nicht. Der Abend rückte heran und brach ein und keine Spur zeigte sich von ihm.

Als der Fortgehilfe auch am nächsten Morgen fehlte, schickte Müller frühzeitig beide Kreiser und alle seine Holz- macher aus, um zu sehen, ob sie etwas von ihm finden könnten. Er selber aber ritt zur Jagd ins Revier hinüber, dort ebenfalls Erdkundigungen einzuziehen. Die Leute kehrten am Abend unverrichteter Sache zurück. Auch drüben hatte ihn niemand gesehen oder von ihm gehört.

Der eine Fortgehilfe sagte allerdings aus, es sei ihm gewesen, als ob er am vorigen Morgen lange vor Tag einen Schuß höre. Gewiß wolle er aber nicht behaupten, daß es ein Schuß gewesen sei, wie er eben so wenig die Richtung genau bestimmen könne.

Die Jagd fiel nicht besonders aus. In den Dickichten lag zu viel Anhang an den Zweigen, und bei solchen Ge- legenheiten gehen die Kreiser außerordentlich schlecht. Sie wickeln dem Schnee aus, so viel sie können, und drücken sich gewöhnlich einer hinter dem andern die Schneefurten oder offenen Büschen entlang, während das Wild außerordentlich

fest sitzt und den Lärm oft ganz nicht vorüberläßt, ohne auf- zusehen. Es waren denn auch nur fünf Stück Wild und ein Spießer, vier Füchse, ein Baumarder und drei Hasen ge- schossen worden.

Außerdem hatte im letzten Treiben der Affessor von Solzig, einer der Schützen aus Grafenhof, der nächsten Stadt, einen Gabeler angeschossen. Er schweifte allerdings, war aber noch flüchtig fort- und nach der Grenze zu gegangen. Förster Müller gab deshalb gern seine Erlaubnis, drüben bei ihm am nächsten Morgen — denn für heute war es zu spät ge- worden — nachzugehen, hat aber den Förster, nicht etwa Schöffel, sondern seinen Fortgehilfen hinterzuschicken, das mit jener nicht mit Meier zusammenträte.

Den Abend waren die Schützen noch lange und frohlich beisammen und es wurde so viel erzählt, geplaudert und ge- trunken, bis an den Heimweg nicht mehr gedacht werden konnte. Förster Müller blieb also im Forsthaus über Nacht, ließ sich aber am nächsten Morgen nicht abhalten, mit Tages- anbruch den Heimweg anzutreten. Daß er noch immer keine Nachricht von Meier hatte, beunruhigte ihn ernsthaft.

In früherer Zeit war sein Fortgehilfe wohl manchmal zu Bier gegangen und hatte dann nicht selten einen guten Rauf mit nach Haus gebracht; zwei oder dreimal war er auch über Nacht ausgeblieben. Auf die Vorstellungen des Försters hin hatte er das aber in der letzten Zeit unterlassen und sich ordentlich und mäßig gehalten. Die einzige Abg. lichteit blieb jetzt, daß er doch einen Rückfall bekommen und über die Stränge geschlagen. War das der Fall, so wollte ihm der Förster seine Meinung sagen.

Geschick hatte es den vorigen Tag nicht mehr und der Förster verließ, als er vom Herzlinger Forsthaus wegritt, sehr bald den breiten Weg, um quer über sein Revier hinweg zu traben. So kam er denn bald über denselben Hügelkamm herüber, über den an jenem Abend das Wildpret geflohen war, und ritt den Buchenschlag hinab. Nahe zu dem Dickicht lag eine starke Anzahl von Krähen auf einem ein- zelnen Baum, aber er achtete nicht weiter darauf und ritt vorüber.

Gleich unten vor Hollendeit begegnete ihm einer seiner Kreiser und seine erste Frage war nach dem vermissten Fort- gehilfen. Niemand wußte etwas von ihm, aber der Kreiser meinte, es müsse ihm ein Unglück begegnet sein und er habe sich entweder selber geschossen oder sei mit einem Wilder- zusammengegeraten. (Fortsetzung folgt.)

Ihr Vorsitzender wird entziehen aus dem Reichsamt für Heimatswesen, das mit dem Armenwesen zu tun hat. Welche Beziehungen zwischen diesen beiden Materien bestehen, weiß ich nicht. Nur ein Gutes hat die Institution, sie gibt den Kausalzusammenhang zwischen Schule und Heer unumwunden zu und führt zu der Erkenntnis, daß das Schulwesen vom Standpunkt der Wehrfähigkeit aus Reichsache ist, daß ein gutes Schulwesen auch Voraussetzung eines guten Heerwesens ist. Das Einjährig-Freiwilligen-Privileg selbst ist ein Lohn auf jede vernünftige Schulorganisation. Redner gibt einen ausführlichen historischen Überblick über die Entstehung und Erweiterung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs. Ein Gesetz, das die Vorbedingungen zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst regelt, wurde schon 1874 verprochen; erst 1908 erklärte die Militärverwaltung, daß die gesetzliche Regelung nicht zweckmäßig sei, es sollen jetzt auf anderem Wege gewisse Erleichterungen geschaffen werden, auch Kunstgewerbeschüler usw. sollen die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst erlangen können. Wir fordern die Abschaffung dieses ganzen verbitternden Privilegs. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Die Mitglieder der Reichsschulkommission müssen als Schulmänner selbst zugeben, daß es für die Zwecke der Landesverteidigung wertlos und für die Schulverhältnisse geradezu von verhängender Wirkung ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Selbst der frühere Kultusminister von Richter hat 1890 anerkannt, daß das Einjährig-Freiwilligen-Berechtigungswesen ein wesentliches Hemmnis einer gedeihlichen Entwicklung unseres höheren Schulwesens mit ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Jahr für Jahr werden Zehntausende von Schülern nur wegen des Berechtigungscheines auf eine falsche Ausbildung basieren und bringen die schönsten Jahre mit Dingen zu, die sie im späteren Leben gar nicht gebrauchen können. Eine Unzahl Schüler werden in den Schulen nur mitgeschleppt, um den Berechtigungschein zu erhalten und erschweren damit den ganzen Schulbetrieb. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Diese jungen Leute sind in der Schule meistens die schlechtesten, aber nachher, beim Militär, wenn der Wechsel des Waters genügend groß ist, die hochnächsten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In kleineren Orten führt dies Berechtigungswesen geradezu zu einer Demoralisation der Lehrer, indem die Väter zurückgebliebener Söhne diesen hochbezahlten Unterricht und Pension bei den Lehrern verschaffen, damit sie ja nur den Einjährig-Freiwilligen-Privileg erhalten. Nach einer Statistik der königlichen Volkszeitung besuchen von 212 000 Schülern der höheren Lehranstalten 112 000 die Anstalt nur, um das Einjährig-Freiwilligen-Privileg zu erhalten. (Hört, hört! bei den Soz.) Und von diesen 112 000 erlangen nur 57 000 das Ziel, die übrigen 55 000 haben ihre Kräfte ganz nutzlos vergeudet. In welcher Weise dies die Jünglinge schädigt, das werden ja vielleicht manche hier im Hause wissen. (Heiterkeit bei den Soz.) Herr Dr. Dertel, den wir hier im Hause sehen, hat einmal in der Deutschen Tageszeitung erklärt, die Einrichtung habe sich nun einmal eingebürgert und ihre Abschaffung würde für die Kreise des höheren Mittelstandes eine schier unerträgliche Härte bedeuten. Wenn man aber berücksichtigt, daß nur 5 Prozent der Kinder eine höhere Schule besuchen und sich dann die eben wiederergegebenen Zahlen der königlichen Volkszeitung überlegt, so muß man doch fragen, wie groß denn die Kreise sein werden, für die die Abschaffung schier unerträglich sein würde. Herr Dr. Dertel war ja früher selbst Lehrer und verkennet deshalb die pädagogischen Mängel des heutigen Systems nicht. Er will sie dadurch beseitigen, daß nur derjenige, der eine neunklässige Schule durchgemacht hat, die Berechtigung erlangen soll, Referentoffizier zu werden. Damit würde Herr Dr. Dertel zwei Klassen von Einjährig-Freiwilligen schaffen. Die einen mit, die anderen ohne die Möglichkeit, Referentoffiziere zu werden. Vor allem aber würde der Monopolcharakter einzelner Schulen dadurch noch verstärkt werden. (Widerspruch des Dr. Dertel.) Man kann nie wissen, für welche Art höherer Schule sich ein kleiner Knabe eignet. Der Vorschlag, auch Teile des Handwerkerstandes mit dem Einjährig-Freiwilligen-Privileg zu beglücken, ist ganz verkehrt. Wenn Kunstgewerbetler, Fachschüler usw. die Berechtigung erhalten würden, so können sie dies Privileg doch zum großen Teile wegen des Mangels an Mitteln nicht ausnutzen, oder aber der Vater würde mit Mühe und Not sich das Geld für den Einjährig-Freiwilligen-Dienst seines Sohnes zusammensparen, während er sein Geld anderweitig weit besser anwenden könnte. (Weisfall bei den Soz.) Wenn überhaupt wegen besserer Bildung eine vorzeitige Entlassung aus dem Militärdienste stattfinden kann, so dürfte doch nur die militärische Bildung in Frage kommen. Auch von konservativer Seite ist bestätigt worden, daß manche Einjährig-Freiwilligen sich heute von den Volksschülern nicht gerade zu ihrem Vorteile unterscheiden. Die Einjährig-Freiwilligen spielen nicht immer gerade im Dienste die besonders heldenhaften Rollen. (Heiterkeit bei den Sozialdem.) Sie verderben häufig die Front. (Erneute Heiterkeit. Abg. Dr. Dertel widerspricht, Heiterkeit b. d. Soz.) Selbst manche Referentoffiziere bilden im Dienst eine dauernde Quelle des Amüsaments, ich will natürlich nicht vom Durchschnitt sprechen. Aber ich glaube sogar, daß mancher aktive Offizier sehr froh ist, wenn er bei den Feldübungen einen intelligenten Sergeanten hinter sich hat. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich will natürlich durchaus nicht verallgemeinern, ich nehme sogar sämtliche Mitglieder dieses hohen Hauses an. (Heiterkeit.) Ich nehme an, daß Sie bei allen militärischen Übungen Ihre Rolle glänzend gespielt haben. (Erneute Heiterkeit.) Aber das Einjährig-Freiwilligen-Privileg muß als ein völlig mißglückter Versuch bezeichnet werden, Schul- und Militärdienst mit einander zu verquickeln. Wenn aber wirklich bessere Schulen eine Verkürzung der Militärdienstzeit ermöglichen sollten, dann sollte man bessere Schulen, etwa höhere Gewerbeschulen, oder Oberrealschulen allgemein errichten und allen Kindern dann die Wahlität des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes lassen. Dann könnten wir das ganze zweite Jahr abschaffen; wir schlagen dann zwei Fliegen mit einer Klappe, bekommen auf einmal bessere Soldaten und bessere Schulen, bekommen lauter Männer, die den Marschallstab im Tornister tragen. (Heiterkeit.) Nun wird uns gesagt, die Reichsschulkommission sei keine Verwaltungsbehörde, sondern nur ein begutachtendes Organ, das in gewissen Fällen über die höheren Schulen gehört wird. Als im Jahre 1902 mein Parteifreund Herzfeld die mecklenburgischen Schulverhältnisse bei diesem Titel zur Sprache brachte und ein Einsprechen des Reichs forderte, da erklärte unser heutiger Kollege Graf Posadowski, damals noch Staatssekretär, die Regierung könne der Herzfeldschen Anregung nicht Folge leisten. Er führte aus, die Reichsschulkommission sei eine Behörde ad hoc für die wenig gesteckten Zwecke der Begutachtung. Wollte man ihre Kompetenz auf das Volksschulwesen ausdehnen, so würde das eine Erweiterung und Veränderung des Artikels 4 der Reichsverfassung bedingen. Er glaubte nicht, das die verbündeten Regierungen bereit wären, ein so wichtiges Gebiet der Souveränität der Einzelstaaten zu entziehen. Aber hat man sich denn wirklich immer in der Reichsschulkommission an die engen Schranken gehalten? Gewiß nicht. Man ist über diese Schranken weit hinausgegangen, allerdings dann nicht, wenn es sich um die Interessen der breiten Massen des Volkes handelte. Wohl aber hat man die Kompetenz überschritten, als es galt, eine deutsche Rechtschreibung zu schaffen. Wie oft im Reichstage hat man ferner bei diesem Titel über das

Berechtigungswesen gesprochen! Gerade Herr Dr. Dertel hat ja darüber bei diesem Titel mit besonderem Vergnügen über das Berechtigungswesen gesprochen. Einmal hat Dr. Dertel gesagt: Rechtschreibung! Da hebt sich das alte Schulmeisterherz. (Heiterkeit.) Das alte Schulmeisterherz muß doch jetzt ebenso stark klopfen, wie das agrarische Herz vorhin bei den Debatten über Maul- und Klauenseuche. (Schallende Heiterkeit.) Wir ziehen aus den vorhergehenden Bildungsdebatten den Schluß, daß alle Parteien das Bedürfnis haben, jetzt über Schul- und Erziehungsfragen zu reden. Wir Sozialdemokraten möchten gern ständige Gelegenheit haben, dieses Gebiet zur Sprache zu bringen und verlangen deshalb, daß die Reichsschulkommission ausgebaut werde zu einem Reichsamt. Das ist nicht neu. Gleichhoff hat es schon früher angeregt; ebenso auch Schulmänner und Korporationen außerhalb des Hauses. Zum Beispiel hat der Deutsche Lehrerverein die Forderung eines Reichsamtes für Volksbildung ebenfalls erhoben. Doch ist diese Frage im Reichstag nicht in geeigneter Weise gefördert worden. Unser Antrag bietet Ihnen jetzt Gelegenheit, zu zeigen, ob Sie ihr näher treten wollen. Das Reich hat die Kompetenz zu einer solchen Regelung, es hat mindestens die Kompetenzkompetenz, wie Graf Posadowski zugegeben hat. Das Reichsgesundheitsamt gehört ja auch nicht gerade zu den Materien, die in der Reichsverfassung ausdrücklich genannt sind. Ich bin der Meinung, daß für die Schulfrage die Kompetenz der Einzelstaaten kein Hindernis sein darf. Schon jetzt ist das Schulberechtigungswesen durch Reichsbestimmungen geregelt. Auch über die Berechtigung zum Studium, und über die zum Studium der Mädchen, und über die Vereinbarung der Bundesstaaten. § 120 der O.-O. legt den Unternehmern die Verpflichtung auf, Arbeitern unter 18 Jahren für den Besuch der Fortbildungsschule die nötige Zeit freizugeben; auch das ist reichsgesetzlich geregelt. Alle solche Ausnahmen gehören in das Arbeitsgebiet eines Reichsschulamts. Das Reich hat die Verpflichtung, Einsicht zu nehmen in die Schulverhältnisse der Einzelstaaten, um dringenden Bedürfnissen abzuhelfen. Das deutsche Schulwesen ist längst nicht mehr in der Welt voran. Eine Einheitlichkeit, wie wir sie wünschen, wäre keineswegs eine Uniformierung, auch nicht eine Unterbindung der Selbstverwaltung; im Gegenteil, diese wird erst möglich durch einheitliche Schulbestimmungen für das Reich. Jetzt haben wir eine Unübersichtlichkeit der Bestimmungen ohne Sinn und Verstand, allein durch den Zufall der Kleinstaaterei. Wir sind es der werdenden Generation schuldig, daß nicht so viele Intelligenzen zugrunde gehen, weil sie der rückständigen Schule eines Einzelstaates unterliegen. Ein Reichsschulamt wäre auch verpflichtet, Minimalbildungsbedingungen aufzustellen. Wir wollen keine Schranke für die geistige Entwicklung nach oben, aber wir wollen verhindern, daß Intelligenzen, die das deutsche Volk sehr gut verwerten könnte, verkümmern. Das ist eine im wahrsten Sinne des Wortes patriotische Forderung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die gesunde körperliche geistige und seelische Entwicklung der heranwachsenden Generation ist das Beste was wir leisten können im Interesse der Landesverteidigung. Die Ausarbeitung eines solchen Bildungsminimums wäre eine der wichtigsten Aufgaben dieses Reichsamtes. Weiter hätte es vorzubereiten eine Reform der Schulorganisation an Haupt und Gliedern, die Vereinheitlichung des Schulwesens, von unten auf bis zur Hochschule. Wertvolle Vorarbeiten könnte es auch leisten für die Verwirklichung der Schule. Die Schule hat mit der Religion innerlich nichts zu tun. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir wollen niemandem seine Religion rauben, aber wir verbitten uns die Vergewaltigung unserer religiösen oder auch nicht religiösen Anschauungen durch Staat und Kirche. (Bravo! b. d. Soz.) Ferner muß das Schulwesen unentgeltlich gemacht werden. Auch über den inneren Schulbetrieb hätte das Reichsschulamt Untersuchungen anzustellen, und die gewonnenen Resultate den Einzelstaaten zur Kenntnis zu geben. Es hätte das Problem der Arbeitserziehung zu bearbeiten. Dies Problem ist nicht erledigt durch den bloßen Arbeitsunterricht und Schulwerkstätten, es dürfen damit überhaupt nicht nur bestimmte utilitaristische Zwecke verfolgt werden. Mit der Arbeitserziehung tritt ein ganz neues Prinzip in die Pädagogik ein, das seinen Ursprung in der wirtschaftlichen Entwicklung hat. Arbeitserziehung und wissenschaftlicher Sozialismus sind an demselben Tage und aus denselben Ursachen geboren. (Bravo b. d. Soz.) Ferner ist notwendig die Schaffung einer Reichsschulstatistik. Das Reichsschulamt muß in enger Fühlung mit der Praxis stehen; darum wäre ihm anzugliedern ein Reichsschulrat, bestehend aus Männern des praktischen Lebens. Seine Hauptarbeit wäre die Vorbereitung eines Reichsschulgesetzes, wodurch es zu einem Reichsunterrichtsministerium werden würde. Das alles kann natürlich nicht von heute auf morgen geschehen, aber die Schwierigkeiten scheuen uns nicht. Eine Reichsschulgesetzgebung, wie wir sie wünschen, wird erst die Voraussetzung dafür schaffen, daß jeder Deutsche mit Stolz sagen kann: ich bin ein deutscher Bürger. Herr Dr. Pfeiffer hat neulich Goethes Epimenides Erwachen zitiert. Ich möchte daraus folgende Worte anführen: Wenn so einer 'Vorwärts' ruft Gleich sind alle hinterdrein Und so geht es abgestuft Start und schwach und groß und klein. Finan! — Vorwärts! — Finan! Und das Große, das Wert ist getan." Wir folgen dem Beispiel eines großen Faktikers, des Fürsten Bismarck, der Angesichts der Schwierigkeiten, denen die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Preußen begegnete, sagte: Wir werden im Bewußtsein des guten Zieles, das wir verfolgen, nicht erlahmen und unmutig werden, weil ich der Überzeugung bin, daß, wenn ein an und für sich richtiger Gedanke sich einmal der Öffentlichkeit bemächtigt, er nicht eher von der Tagesordnung verschwinden kann und wird, als bis er sich verwirklicht hat." In diesem Sinne werden wir nicht ruhen und rasten, bis durch ein Reichsschulgesetz in unserem Sinne Deutschlands innere Einheit und Wehrhaftigkeit nach außen gesichert ist, auf die Gefahr hin, daß Sie uns mit vermehrter Energie Vaterlandslose und Reichsfeinde schelten. (Lebh. Weisfall b. d. Soz.) Die Weiterberatung wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr. (Vorher Interpellation über den Bergarbeiterstreik.) Schluß 6 1/2 Uhr.

sel, selbst die Klosetts blieben davon nicht verschont! Jedes Stück Papier wurde genau auf seinen staatsgefährlichen Inhalt geprüft und einer eingehenden Durchsicht unterzogen. Nach zweifelhafte Arbeit mühevoller Arbeit jagten die Polizisten, es waren nicht weniger wie achtzehn Mann, ab, ohne daß ihre Arbeit von Erfolg gekrönt gewesen wäre. Nicht einmal die Nummern mit dem inkriminierten Artikel wurden gefunden. Gesucht wurde nach dem Manuskript eines Leitartikels vom 2. Februar dieses Jahres, 'Reine Wahlreform in Preußen', der sich gegen die Landtagsrede des preussischen Volksministers v. Dallwitz wendete, in der der Minister die Beamten, die bei der letzten Wahl sozialdemokratisch gewählt haben, Lügner und Eibbrecher nannte. Da die Hausführung gerade in die eigentliche Redaktionszeit fiel und die Redakteure dadurch erheblich an der Ausübung ihrer Arbeit gehindert wurden, sahen sie sich unter Freilassung fast einer ganzen Seite zu folgender Erklärung veranlaßt: '18 Polizeibeamte durchsuchten heute, Sonnabend vormittag, die Redaktionsräume und die Expedition der 'Volksmacht' nach dem Manuskript eines Leitartikels vom 2. Februar. Ihre stundenlangen Bemühungen waren zwar vergeblich, hinderten aber die Redaktion an der Fertigstellung der heutigen Nummer. Deshalb müssen sich unsere Leser mit diesem weichen Raum begnügen!' — Noch eine Hausführung. Wie in Breslau hielten am Sonnabend Kriminalbeamte auch in der Redaktion der 'Danziger Volksmacht' eine Hausführung ab, um die Nummer 12 vom 7. Februar 1912 zu beschlagnahmen. Wegen des Leitartikels: 'Verewigung des Dreiklassenwahlrechts', der sich mit den Ausführungen des Herrn von Dallwitz im preussischen Abgeordnetenhaus beschäftigte, soll ein Strafverfahren eingeleitet werden. In der Expedition und in der Druckerei erschienen die Beamten der Polizei ebenfalls, ihre Mühe war jedoch in allen Fällen vergeblich."

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Aussperrung im Schneidergewerbe. Laut Bericht des Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe sollte in 112 Orten ausgesperrt werden. Bis jetzt liegen aus 71 Orten Berichte vor, wo ausgesperrt ist, und zwar bei 893 Firmen, die 7880 Arbeiter beschäftigen. Von diesen sind 6494 ausgesperrt. Davon sind im Verband der Schneider 5888. Weiter sind an diesen Orten ausgesperrt Damenschneider: 127 männliche und 96 weibliche. In den 71 Orten sind also an Organisierten ausgesperrt 5965 männliche und 96 weibliche. Dazu kommen die bereits an 27 Orten im Streit stehenden 8258 männlichen und 66 weiblichen, ergibt insgesamt 12 218 männliche und 162 weibliche Aussperrte und Streikende.

Aussperrung. Die Singer-Mähmaschinenfabrik in Wittenberge hat ihre sämtlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Betroffen werden etwa 1400 Personen. Die Ursache der Aussperrung ist der Streit der Formerteilung.

Über den englischen Bergarbeiterstreik wird uns aus London gemeldet: Um den Behauptungen entgegenzutreten, daß die kontinentalen Bergarbeiter aus Sympathie für die englischen ausständig geworden sind, hat der Sekretär Ashton den Text der Resolution veröffentlicht, die am 21. Februar vom Internationalen Komitee der Bergarbeiter in London angenommen wurde. Es geht daraus hervor, daß die englischen Bergarbeiter ausdrücklich davon Abstand nehmen, die kontinentalen Bergarbeiter zum Sympathiestreik aufzufordern. Die britischen und kontinentalen Bergarbeiter verpflichteten sich dagegen, im Falle eines Streiks in England oder auf dem Kontinent die Produktion so weit als möglich einzuschränken. — Der Streik der Ruhrbergleute hat in Rem-Castille große Bekürzung hervorgerufen. Die Redner hatten gehofft, während des Streiks in Großbritannien die Kohlenstationen an Seewegen mit ausländischer Kohle zu versorgen. Man ist jetzt um die Lebensmittelzufuhr besorgt.

Genossenschaftsbewegung.

Besteuerung der preussischen Konsumvereine. Die Steuerkommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat am Dienstag die Frage der Besteuerung der Konsumvereine beraten. In der Regierungsvorlage befindet sich eine Bestimmung, daß bei Konsumvereinen zu den steuerpflichtigen Überschüssen auch jede den Mitgliedern als Rabatt, Kundengeminn oder unter ähnlicher Bezeichnung gewährte Rückvergütung gehört. Für diese Bestimmung legten sich in der Kommission ganz besonders die Konservativen ins Zeug, angeblich, weil dadurch der Mittelstand geschädigt würde. Unfassbar war es, daß die Redner des Zentrums, die sonst in Abereinstimmung mit den Konservativen sich als Mittelstandsretter aufzuspielen pflegen, plötzlich gegen die Regierungsvorlage Front machten. Sie sind, wie ihre Redner wiederholt erklärten, endlich zu der Überzeugung gelangt, daß auf diese Weise dem Mittelstande nicht nur nicht genügt, sondern daß ihm sogar Schaden zugefügt würde. Aus diesem Grunde erklärten sie ihr Einverständnis mit einem Antrag eines sozialdemokratischen Mitgliedes der Kommission auf Streichung der Bestimmung. Unser Genosse konnte sich, nachdem die Zentrumsvertreter sich so warm für seinen Antrag ausgesprochen hatten, darauf beschränken, die angebliche Mittelstandsretterei einer Kritik zu unterziehen und dagegen Protest einzulegen, daß man mit einem Finanzgesetz derartige Zwecke verbinde. Er wies nach, daß der Fiskus nur ein sehr geringes Interesse an der neuen Art der Konsumvereins-Besteuerung habe und verlangte, wenn man schon einmal die Konsumvereine besteuere, daß man dann die gleiche Bestimmung auch auf die Rabatt- und Sparvereine und die Konsumanstalten anwende. Auf den gleichen Standpunkt stellten sich auch die Fortschrittler und die Nationalliberalen. — Von konservativer Seite war noch ein Antrag eingebracht, der auf eine Bevorzugung gewisser landwirtschaftlicher Genossenschaften hinauslief, ein Antrag, der von anderer Seite als ungerecht und in seiner Wirkung mittelstandsfeindlich bezeichnet wurde. Der Finanzminister äußerte sich zu den Anträgen nicht, nur sein Kommissar griff wiederholt in die Debatte ein, er konnte aber zur Rechtfertigung des Verhältnisses der Regierung so gut wie nichts vorbringen. Das Resultat der Debatte war die Annahme der Ausnahmebestimmung gegen die Konsumvereine in der von der Regierung beantragten Fassung mit einem Zusatz, wonach auch Konsumanstalten unter diese Bestimmung fallen. Für diesen Antrag stimmten die konservativen Parteien und die Nationalliberalen, doch erklärten die letzteren, daß sie sich vorbehalten, zur zweiten Lesung einen Antrag einzubringen, daß von dem Rabatt der Konsumvereine vier Prozent steuerfrei bleiben sollen.

Aus der Partei.

Beleidigte Reichsverbändler. Wegen Beleidigung der Reichsverbändler v. Liebert und Dr. Wendenich wurde der Redakteur der 'Volkszeitung für das Rheinland', Genosse Bahrd in Leipzig, zu 800 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Hausführung in der Breslauer 'Volksmacht'. Am Sonnabend vormittag durchsuchte ein ganzes Heer von Kriminalpolizisten unter Führung von mehreren Kriminalkommissaren sämtliche Räume der Redaktion, Expedition und Druckerei unseres Breslauer Bruderblattes. Kein Min-

Aus Nah und Fern.

Folgen des Religionsfanatismus. In dem pommer- schen Dorfe Deutsch-Wribberow ist eine sehr fromm und religiös veranlagte Familie, bestehend aus den Eltern, einem erwachsenen Sohne und einer erwachsenen Tochter, wahn- sinnig geworden.

Bei der Sprengung eines Fabrikshornsteins erschla- gen. Bei der Sprengung eines Fabrikshornsteins in der Kesselbacher Straße in Dresden durch ein Montierkom- mando wurden die Trümmer trotz der strengen Vorsichts- maßregeln unter die Zuschauermenge ge- schleudert.

Der Verdacht eines Giftmordes Hofrichters an seiner ersten Braut und Schwägerin, Johanna Amlacher, wird in der Ehegerichtsaklage der Gattin Hofrichters mit zlemlicher Sicherheit behauptet. Hofrichter lernte im Jahre 1898 das junge Mädchen kennen.

Das das unglückliche Mädchen von Hofrichter ermordet wor- den war. Die Todesursache kann mit Bestimmtheit nicht mehr festgestellt werden.

Im Karneval gekrenzt. Während des Karnevals hat sich in Perford eine rohe Tat ereignet, die jetzt die Ver- hörde beschäftigt und ein gerichtliches Nachspiel haben wird.

Das rettende Feuerschiff. Der von der Berliner Po- lizei verhaftete Sittlichkeitsapostel Pastor a. D. v. Hen- nigs, vom Evangelischen Verein zur Hebung der Sittlich- keit, soll schließlich als gekisteskrank eingestuft und damit der strafrechtlichen Verantwortung für seine Verfehlungen ent- zogen werden.

Ein außerordentliches Professorat für Amundsens. Aus Christiania wird berichtet: Im Storting brachte der Abgeordnete Wik einen Antrag ein, 6000 Kronen jährlich für ein Amundsens zu übertragendes außerordentliches Professorat an der Universität zu bewilligen.

Infolge der Explosion von anderthalb Tonnen Dyna- mit, die auf einem schwimmenden Magazin untergebracht waren, sind in Bombay neun indische Matrosen, die sich in einem Fahrzeug befanden, in die Luft ge- schleudert worden und samt dem Fahrzeug vollständig verschunden.

Bergmannstod. In dem Bergwerk Katerinow wurden zehn Bergleute verschüttet. Rettungsarbeiten sind im Gange.

Schweres Eisenbahnunglück in Galizien. Gestern früh streifte, wie aus Trzebinia in Galizien gemeldet wird, ein nach Szatowa ausfahrender, mit Feldarbeitern besetzter

Zug eine stehende Lokomotive. Einige Waggons entgleiten. Dabei sollen mehrere Personen den Tod gefunden haben und viele Reisende verletzt worden sein.

Kolizisten, die einander verhaften. Daß die Verbrecher in Paris so leichtes Spiel haben, wird vielfach auf die Eifersucht zurückgeführt, die zwischen der Polizei- präfektur und der Staatspolizei herrscht.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Deutscher Transportarbeiterverband Nachruf. Am Dienstag, dem 12. März, starb unser Mitglied, der Kohlen- arbeiter Joh. Dehmel im Alter von 34 Jahren.

Habe ein leeres Zimmer zu ver- mieten Segebergstr. 13, III. Gesucht ein Junge b. Milchweg. Schützenstraße 42.

Stärke schottische Karre, passend für Läufer oder Schlichter, und ein Kinderwagen auf Gummi billig zu verkaufen. Armiststraße 42 b.

Gute Hypothek von 1600 Mk. für 1500 Mk. umständlich. sofort zu ver- kaufen. Off. erbitte unter L an die Exped. d. Bl.

St. Lorenz erstes und ältestes Motor- und Fahrradhaus. Neue und alte Fahrräder in großer Auswahl.

Siegerin "Palmas" "Mohra". Arb.- u. Berufs-Kl. J. H. Fein, am Markt, Rudolp Karstadt, Entin.

Brauereien Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75. Kieler Schloßbräu, H. A. Walf, Untertrave 96.

Orogerien W. Hohenschuld, Marllst. 42 T. 736. Aug. Prösch, Mühlenstr. 32.

Friseure, Parfüm. Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a. Galant-, Spielwar. C. Bilesath Wwe. Sandstr. 9.

Putz u. Modewaren J. B. Döhrmann, Holstenstr. 18. Empfehlensw. Restaur. Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 33.

Bezugsquellen-Verzeichnis. Den Lesern bei Einkäufen aufs beste empfohlen. Brauereien, Drogerien, Friseure, Parfüm, Kurz-, Weiss-, Wollw., Manufakturwaren, Möbelmagazine, Meiereien, Tapeten, Linoleum, Trikot, Strumpf, Uhren-Repar.-Werkst., Amerikanische, Uhrm., Uhren, Goldwaren.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!